



Steuerwegweiser für Familien



**STEUERWEGWEISER
FÜR FAMILIEN**

4. Auflage





Vorwort

Liebe Bürgerinnen,
Liebe Bürger,

Familien stehen im Mittelpunkt einer sozial engagierten Gesellschaft. Aus ihnen heraus erwächst die Zukunft eines Landes. Auch deshalb ist die Stärkung und Förderung der Familien ein besonderes Anliegen der Thüringer Landesregierung. Zu den Maßnahmen zur Stützung der Familien gehört auch deren steuerliche Entlastung.

Durch die Steuergesetzgebung ergeben sich ab dem Jahr 2009 Veränderungen. So wurden beispielsweise das Kindergeld und der Kinderfreibetrag ab dem 1. Januar 2009 erhöht.

Diese Broschüre gibt Tipps zu den wichtigsten steuerlichen Besonderheiten für Verheiratete und Eltern mit Kindern. Sie zeigt auf, von welchen Steuererleichterungen Sie und Ihre Familie profitieren können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Finanzamtes geben Ihnen gerne weitere Auskünfte. Fragen zum Kindergeld beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familienkasse Ihrer Agentur für Arbeit.

Birgit Diezel
Thüringer Finanzministerin





Inhaltsverzeichnis

1. EINKOMMEN- UND LOHNSTEUER

1.1 EINIGE GRUNDBEGRIFFE DER EINKOMMENSTEUER 11

- 1.1.1 Einkünfte, Einkommen, zu versteuerndes Einkommen 11
- 1.1.2 Festzusetzende Einkommensteuer 12
- 1.1.3 Berücksichtigung der Familienbelastungen 12

1.2 STEUERPFlicht 13

1.3 ERHEBUNGSVERFAHREN - EINKOMMENSTEUER- VERANLAGUNG 14

- 1.3.1 Drei Erhebungsarten 14
 - 1.3.1.1 *Veranlagung* 14
 - 1.3.1.2 *Lohnsteuerabzug* 14
 - 1.3.1.3 *Kapitalertragsteuer (Abgeltungssteuer)* 14
- 1.3.2 Veranlagung von Ehegatten - Veranlagungswahlrecht 15
 - 1.3.2.1 *Getrennte Veranlagung* 15
 - 1.3.2.2 *Zusammenveranlagung* 16
 - 1.3.2.3 *Besondere Veranlagung* 16
- 1.3.3 Wann ist eine Einkommensteuer-Veranlagung durchzuführen? 16
 - 1.3.3.1 *Arbeitnehmer* 16
 - 1.3.3.2 *Personen, die keinen Arbeitslohn bezogen haben* 17
- 1.3.4 Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung 18

1.4 STEUERFREIE EINNAHMEN 19

- 1.4.1 Krankenversicherung/Unfallversicherung 19
- 1.4.2 Gesetzliche Rentenversicherung 19
- 1.4.3 Mutterschaftsgeld 19
- 1.4.4 Erziehungsgeld, Elterngeld 20
 - und Rentenzuschläge für Kindererziehung
- 1.4.5 Leistungen an Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 20
- 1.4.6 Versorgungsbezüge an Wehr- und Zivildienstbeschädigte 20
- 1.4.7 Beihilfen für Zwecke der Erziehung, Ausbildung 20
- 1.4.8 Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz 21
- 1.4.9 Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten 21
- 1.4.10 Leistungen nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz 21
- 1.4.11 Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz 22
- 1.4.12 Wohngeld 22



- 1.4.13 Soldatenversorgungsgesetz 22
- 1.4.14 Unterbringung und Betreuung nicht schulpflichtiger Kinder 22
- 1.4.15 Aufstockungsbeträge im Sinne des Altersteilzeitgesetzes und die hälftigen Beiträge im Sinne des § 187 a SGB VI 22
- 1.4.16 Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch 23
- 1.4.17 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch 23
- 1.4.18 Leistungen zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung 23

1.5 WERBUNGSKOSTEN/BETRIEBSAUSGABEN 24

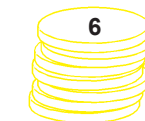
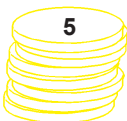
- 1.5.1 Was sind "Werbungskosten"? 24
 - 1.5.1.1 *Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten* 24
 - 1.5.1.2 *Kosten der Lebensführung* 25
 - 1.5.1.3 *Zuwendungen an Dritte* 26
 - 1.5.1.4 *Nicht abzugsfähige Steuern* 26
 - 1.5.1.5 *Bußgelder, Geldstrafen* 26
- 1.5.2 Pauschbeträge für Werbungskosten 27

1.6 SONDERAUSGABEN 28

- 1.6.1 Was sind "Sonderausgaben"? 28
- 1.6.2 Welche Aufwendungen werden anerkannt? 28
- 1.6.3 Unterhaltsleistungen 29
 - 1.6.3.1 *Berücksichtigung als Sonderausgaben* 29
 - 1.6.3.2 *Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastungen* 32
- 1.6.4 Vorsorgeaufwendungen und Riesterförderung 32
 - 1.6.4.1 *Altersvorsorgeaufwendungen* 33
 - 1.6.4.2 *sonstige Vorsorgeaufwendungen* 35
 - 1.6.4.3 *Riesterförderung ("Riester-Rente")* 37
- 1.6.5 Kirchensteuer 39
- 1.6.6 Berufsausbildungskosten 39
- 1.6.7 Kinderbetreuungskosten 41
- 1.6.8 Spenden 42
- 1.6.9 Sonderausgaben-Pauschbetrag/Vorsorgepauschale 44

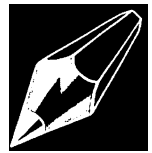
1.7 SONDERREGELUNGEN FÜR EINZELNE EINKUNFTSARTEN 46

- 1.7.1 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit 46
 - 1.7.1.1 *Lohnsteuer-Abzugsverfahren* 46

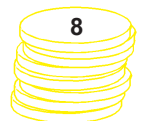




1.7.1.2	Steuerliche Behandlung der geringfügigen Beschäftigung	47
1.7.2	Einkünfte aus Kapitalvermögen - Abgeltungssteuer	48
1.7.2.1	Sparer-Pauschbetrag, Berücksichtigung von Verlusten	49
1.7.2.2	Steuerabzug, Tarif, Günstigerprüfung	51
1.7.3	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	52
1.8	ALTERSENTLASTUNGSBETRAG	53
1.9	ENTLASTUNGSBETRAG FÜR ALLEINERZIEHENDE	54
1.9.1	Anspruchsvoraussetzungen	54
1.9.2	Höhe	55
1.9.3	Berücksichtigung im Lohnsteuer-Abzugsverfahren	55
1.10	KINDERGELD - FREIBETRÄGE FÜR KINDER -	57
1.10.1	Kindergeld oder Freibeträge?	57
1.10.1.1	Laufendes Kalenderjahr	57
1.10.1.2	Abgelaufenes Kalenderjahr	57
1.10.1.3	Verrechnung mit Kindergeld	58
1.10.2	Berücksichtigungsfähige Kinder	58
1.10.2.1	Kinder bis 18 Jahre	59
1.10.2.2	Kinder von 18 bis 21 Jahren	59
1.10.2.3	Kinder von 18 bis 25 Jahren	59
1.10.2.4	Einkünfte und Bezüge des Kindes	62
1.10.2.5	Behinderte Kinder	65
1.10.3	Kindergeld	66
1.10.3.1	Anspruchsberechtigte	66
1.10.3.2	Berücksichtigungsfähige Kinder	67
1.10.3.3	Kinder im Ausland	67
1.10.3.4	Mehrere Berechtigte	67
1.10.3.5	Höhe	68
1.10.3.6	Verhältnis zu anderen Leistungen	69
1.10.3.7	Antragstellung	69
1.10.4	Freibeträge für Kinder	69
1.10.4.1	Höhe	70
1.10.4.2	Übertragungsmöglichkeiten	71

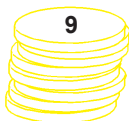


1.11	GRUNDFREIBETRAG, SPLITTINGTABELLE, PROGRESSIONS- VORBEHALT UND TARIF- UND STEUERERMÄßIGUNGEN	72
1.11.1	Grundfreibetrag, Splittingtabelle	72
1.11.2	Progressionsvorbehalt	72
1.11.3	Tarif- und Steuerermäßigungen	74
1.11.3.1	Außerordentliche Einkünfte	74
1.11.3.2	Gewerbesteueranrechnung	74
1.11.3.3	Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungs- verhältnisse und Dienstleistungen sowie Handwerker- leistungen in Privathaushalten	75
1.12	AUßERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN	78
1.12.1	Was sind außergewöhnliche Belastungen	78
1.12.2	Außergewöhnliche Belastungen allgemeiner Art	78
1.12.2.1	Krankheit	79
1.12.2.2	Behinderung	80
1.12.2.3	Pflegebedürftigkeit	84
1.12.2.4	Hinterbliebenen-Pauschbetrag	86
1.12.2.5	Weitere außergewöhnliche Belastungen	86
1.12.3	Zumutbare Belastung	87
1.12.4	Außergewöhnliche Belastungen in besonderen Fällen	88
1.12.4.1	Unterhaltsaufwendungen	88
1.12.4.2	Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung (Ausbildungsfreibetrag)	89
1.13	SOLIDARITÄTSZUSCHLAG	91
1.14	KIRCHENSTEUER	92
2	SONSTIGE REGELUNGEN	93
2.1	WOHNUNGSBAUPRÄMIE	93
2.2	ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUER	94
2.2.1	Schuldner der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer	94

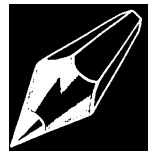




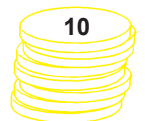
2.2.2	Höhe der Steuer	95
2.2.2.1	Steuerklassen	95
2.2.2.2	Persönliche Freibeträge	95
2.2.3	Steuerbefreiungen	96
2.2.4	Besonderer Versorgungsfreibetrag für den überlebenden Ehegatten und für Kinder	97
2.3	UMSATZSTEUER	98
2.4	GRUNDERWERBSTEUER	100
2.5	BUNDESKINDERGELDGESETZ	101
2.6	ALTERSVORSORGEZULAGE	102
2.6.1	Höhe der Zulage	102
2.6.2	Mindesteigenbeitrag	102



Abkürzungsverzeichnis



AO	Abgabenordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
DV	Durchführungsverordnung
ErbStG	Erbschaftsteuergesetz
EstDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EstG	Einkommensteuergesetz
GdB	Grad der Behinderung
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
i.H.v.	in Höhe von
KStG	Körperschaftsteuergesetz
R...EStR	Fundstelle in den Einkommensteuerrichtlinien 2008
R...LStR	Fundstelle in den Lohnsteuer-Richtlinien 2008
SoIZG	Solidaritätszuschlaggesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
UStG	Umsatzsteuergesetz
vgl.	vergleiche
WoPG	Wohnungsbau-Prämiengesetz
zz.	zurzeit





1. Einkommen- und Lohnsteuer

1.1 Einige Grundbegriffe der Einkommensteuer

Die meisten Besonderheiten für Familien gibt es bei der Einkommen- und Lohnsteuer. Hier werden die besonderen finanziellen Belastungen von Familien stark berücksichtigt. Die Lohnsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer während des Kalenderjahres. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, von dem Arbeitslohn die zutreffende Lohnsteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

1.1.1 Einkünfte, Einkommen, zu versteuerndes Einkommen

Im Sprachgebrauch der Steuergesetze ist das „zu versteuernde Einkommen“ etwas anderes als das tatsächliche Einkommen. Es ist in der Regel deutlich niedriger. Das zu versteuernde Einkommen wird von den Finanzämtern in einem mehrstufigen Verfahren ermittelt.

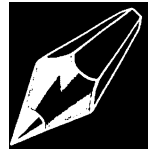
Ausgangspunkt sind die der Besteuerung unterworfenen „Einkünfte“, die im Gesetz genau aufgezählt sind. Dort werden sieben Einkunftsarten unterschieden, nämlich

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb,

- Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
- Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und
- sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG (zum Beispiel Renten).

Einkünfte sind bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten. Daher spricht man auch von „Gewinneinkünften“ und „Überschusseinkünften“. Einkünfte können auch negativ sein, also Verluste darstellen, die die Steuerbelastung mindern.

Die Summe der Einkünfte, vermindert um den Altersentlastungsbetrag, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und den Abzugsbetrag für Land- und Forstwirte, ist der „Gesamtbetrag der Einkünfte“. Der Gesamtbetrag der Einkünfte, vermindert um die Sonderausgaben und die außergewöhnlichen Belastungen, ist das „Einkommen“. Das Einkommen, vermindert um die Freibeträge für Kinder und bestimmte andere Einkom-



menisminderungen, ist das „zu versteuernde Einkommen“. Dieses erst bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer.

1.1.2 Festzusetzende Einkommensteuer

Die tarifliche Einkommensteuer, vermindert um die „Steuerermäßigungen“, ist die festzusetzende Einkommensteuer. Das ist die letztlich zu zahlende Einkommensteuer, die im Steuerbescheid ausgewiesen wird.

1.1.3 Berücksichtigung der Familienbelastungen

Die Belastungen für Familien werden bei diesem Rechenweg an unterschiedlichen Stellen berücksichtigt. Die steuerlichen Erleichterungen werden entweder in Form von Pausch- oder Freibeträgen bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens oder als Steuervergütung in Form von Kindergeld gewährt.

Die Besonderheit des Ausgleichs dieser Familienlasten liegt in der Verknüpfung mit dem Kindergeld, das seit 1996 bei der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt wird. Die Finanzämter prüfen, ob

die steuerliche Freistellung des Existenzminimums des Kindes durch das Kindergeld oder den Ansatz von Kinderfreibeträgen bewirkt wird (Einzelheiten unter 1.10).



1.2 Steuerpflicht

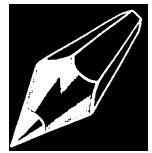
Jede Person - unabhängig von Alter und Nationalität -, die einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, ist unbeschränkt einkommensteuerpflichtig. Die unbeschränkte Steuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche inländischen und ausländischen Einkünfte, soweit nicht für bestimmte Einkünfte abweichende Regelungen bestehen, zum Beispiel in Doppelbesteuerungsabkommen und anderen zwischenstaatlichen Vereinbarungen.

Die Angaben in dieser Broschüre setzen die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht voraus. Nur in diesem Fall können sämtliche steuerlichen Vergünstigungen, Pauschbeträge oder Steuerbefreiungen in Betracht kommen.

Rechtsquelle: § 1 EStG



1.3 Erhebungsverfahren - Einkommensteuerveranlagung



1.3.1 Drei Erhebungsarten

Die Einkommensteuer kennt drei verschiedene Erhebungsarten. Die Einkommensteuer wird grundsätzlich im Rahmen von Veranlagungen erhoben. Dies bedeutet, dass bei dem zuständigen Finanzamt Einkommensteuererklärungen eingereicht werden müssen. Daneben kann die Einkommensteuer aber auch vorab durch Abzug von Löhnen oder Kapitalerträgen erhoben werden.

1.3.1.1 Veranlagung

Bei der Steuerveranlagung ermittelt das Finanzamt das zu versteuernde Einkommen auf der Grundlage einer Steuererklärung und setzt die darauf entfallende Einkommensteuer fest. Über die Ermittlung und Festsetzung erteilt das Finanzamt einen Steuerbescheid. Für die zu erwartende Einkommensteuerschuld sind unter Umständen vierteljährlich (zum 10.03., 10.06., 10.09. und 10.12.) Einkommensteuer-Vorauszahlungen zu leisten.

Rechtsquelle: §§ 2, 36, 37 EStG

1.3.1.2 Lohnsteuerabzug

Bei Einkünften aus nichtselbstän-

diger Tätigkeit (Löhne, Gehälter usw.) wird die Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben (Lohnsteuer). Mit dem Lohnsteuerabzug gilt die Einkommensteuerschuld als abgegolten, sofern nicht eine Veranlagung vorgeschrieben ist oder vom Arbeitnehmer beantragt wird (vgl. 1.3.3). Bei der Veranlagung wird die einbehaltene Lohnsteuer auf die festzusetzende Einkommensteuer angerechnet.

Einzelheiten zum Lohnsteuerabzugsverfahren vgl. 1.7.1.

Rechtsquelle: §§ 38, 41a EStG

R 38.1, 38.2, 38.3, 38.4, 38.5, 41a.1, 41a.2 LStR

1.3.1.3 Kapitalertragsteuer (Abgeltungssteuer)

Bei Kapitalerträgen (zum Beispiel Zinsen, Dividenden, Erträgen aus Veräußerungen von Wertpapieren) wird die Einkommensteuer durch Abzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) erhoben, der ab 2009 grundsätzlich abgeltend ist, d.h. die Kapitalerträge brauchen nicht mehr in der Steuererklärung angegeben zu werden. In bestimmten Fällen müssen die Erträge jedoch auch weiterhin erklärt werden. Es besteht darüber hinaus die Möglichkeit den





Steuerabzug - u.a. im Wege einer Günstigerprüfung - überprüfen zu lassen.

Einzelheiten sind unter 1.7.2 aufgeführt.

Rechtsquelle: §§ 32d, 43 - 45d EStG

1.3.2 Veranlagung von Ehegatten - Veranlagungswahlrecht

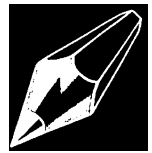
Ehegatten, die beide unbeschränkt steuerpflichtig sind, nicht dauernd getrennt leben und bei denen diese Voraussetzungen zu Beginn des Veranlagungszeitraums vorgelegen haben oder im Lauf dieses Zeitraums eingetreten sind, können zwischen getrennter Veranlagung und Zusammenveranlagung wählen. Für das Jahr der Eheschließung können die Ehegatten aber auch die besondere Veranlagung beantragen. Eine Sonderregelung gilt für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union (EU) oder eines Staates, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anwendbar ist. Insofern kommt das Veranlagungswahlrecht auch dann in Betracht, wenn der Ehegatte seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaats

hat, sofern die Einkünfte beider Ehegatten zusammen mindestens zu 90 % der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte den doppelten Grundfreibetrag (vgl. 1.11.1) nicht übersteigen. Der Nachweis ist durch eine Bescheinigung der zuständigen ausländischen Steuerbehörde zu erbringen.

*Rechtsquelle: §§ 1a, 26 EStG
R 26 EStR*

1.3.2.1 Getrennte Veranlagung

Bei der getrennten Veranlagung von Ehegatten sind jedem Ehegatten die von ihm bezogenen Einkünfte zuzurechnen. In den meisten Fällen ist aber davon auszugehen, dass eine getrennte Veranlagung zu einer höheren Steuerbelastung führt, da die Einkommensteuer für jeden Ehegatten nach dem Grundtarif zu berechnen ist. Die Summe der abziehbaren außergewöhnlichen Belastungen (siehe dazu 1.12) wird wie bei einer Zusammenveranlagung ermittelt und ist bei beiden Ehegatten jeweils zur Hälfte zu berücksichtigen, wenn diese nicht gemeinsam eine andere Aufteilung beantragen. Sonderausgaben (Einzelheiten unter 1.6 ff.) können dagegen nur von dem Ehegatten



abgezogen werden, der sie geleistet hat. Der Abzugsbetrag ist insoweit für beide Ehegatten unabhängig voneinander zu ermitteln.

*Rechtsquelle: § 26a EStG
§ 61 EStDV
R 26a EStR*

1.3.2.2 Zusammenveranlagung

Bei einer Zusammenveranlagung von Ehegatten werden die Einkünfte, die die Ehegatten erzielt haben, zunächst getrennt ermittelt und dann den Ehegatten gemeinsam zugerechnet. Soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, werden die Ehegatten gemeinsam als Steuerpflichtiger behandelt. Dies ist die häufigste und regelmäßig günstigste Veranlagungsart. Die Einkommensteuer wird nach dem Splittingtarif berechnet.

*Rechtsquelle: § 26b EStG
R 26b EStR*

1.3.2.3 Besondere Veranlagung

Die besondere Veranlagung kann nur für das Jahr der Eheschließung durchgeführt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass sie die Ehegatten gemeinsam wählen. Die Ehegatten werden dann so veranlagt, als wären sie unverheiratet.

Diese Veranlagungsart bietet sich insbesondere dann an, wenn Arbeitnehmer vor der Eheschließung als verwitwete Person Anspruch auf Anwendung des Splittingverfahrens (Lohnsteuerklasse III) haben. Für das Jahr der Eheschließung führt in diesem Fall sowohl die Zusammenveranlagung als auch die getrennte Veranlagung regelmäßig zu einer Steuernachzahlung, wenn auch der Ehegatte steuerpflichtige Einkünfte hat.

Rechtsquelle: § 26c EStG

1.3.3 Wann ist eine Einkommensteuer-Veranlagung durchzuführen?

Hier ist zu unterscheiden zwischen Arbeitnehmern und Personen, die im Veranlagungszeitraum keinen Arbeitslohn bezogen haben:

1.3.3.1 Arbeitnehmer

Bei Arbeitnehmern ist die Einkommensteuer grundsätzlich durch den Lohnsteuerabzug abgegolten. Sie können jedoch in jedem Fall eine Veranlagung zur Einkommensteuer beantragen (Antragsveranlagung). Sinnvoll ist das im Regelfall nur dann, wenn Lohnsteuer oder Kapitalertragsteuer einbe-



halten wurde, die im Rahmen der Veranlagung zumindest teilweise zu erstatten ist.

Ein Antrag auf Einkommensteuer-
veranlagung kann sich beispiels-
weise lohnen:

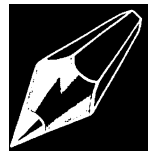
- wenn Werbungskosten, erwerbs-
bedingte Kinderbetreuungs-
kosten, Sonderausgaben oder
außergewöhnliche Belastun-
gen zu berücksichtigen sind,
für die kein Freibetrag auf der
Lohnsteuerkarte eingetragen
worden ist,
- wenn Sie nicht während des
gesamten Kalenderjahres in
einem Dienstverhältnis gestan-
den haben,
- wenn für Sie und Ihren Ehe-
gatten jeweils eine Lohnsteu-
erkarte mit der Steuerklasse IV
ausgestellt worden ist,
- wenn die steuerliche Entlas-
tung aufgrund der Freibeträge
für Kinder höher ist als der An-
spruch auf Kindergeld (vgl. 1.10).

Der Antrag ist durch Abgabe einer
Einkommensteuererklärung zu
stellen.

In bestimmten Fällen ist bei Ar-
beitnehmern die Durchführung
einer Einkommensteuerveranla-
gung zwingend vorgeschrieben
(Pflichtveranlagung).

Dies ist zum Beispiel der Fall,
wenn

- die positive Summe der Ein-
künfte, die nicht dem Lohnsteu-
erabzug unterlegen haben,
mehr als 410 Euro beträgt,
- bestimmte steuerfreie Entgelt/-
Lohnersatzleistungen (zum Bei-
spiel Arbeitslosengeld I, Kran-
kengeld, Mutterschaftsgeld),
Aufstockungsbeträge bei Alters-
teilzeit oder ausländische Ein-
künfte von mehr als 410 Euro
bezogen worden sind,
- beide Ehegatten Arbeitslohn
bezogen haben und einer
von ihnen nach der Steuer
klasse V oder VI besteuert
worden ist,
- ein Arbeitnehmer gleichzeitig
Arbeitslohn von mehreren
Arbeitgebern bezogen hat
oder
- das Finanzamt auf der Lohn-
steuerkarte einen Freibe-
trag eingetragen hat. Das gilt
nicht, wenn lediglich der
Pauschbetrag für behinderte
Menschen (vgl. 1.12.2.2), der
Pauschbetrag für Hinterblie-
bene (vgl. 1.12.2.4), der Ent-
lastungsbetrag für Alleinerzie-
hende (vgl. 1.9) eingetragen
oder die Zahl der Kinder-
freibeträge geändert worden
sind.



1.3.3.2 Personen, die keinen Arbeitslohn bezogen haben

Alle übrigen Personen, die keinen
Arbeitslohn bezogen haben, wer-
den mit ihren steuerpflichtigen
Einkünften zur Einkommensteuer
veranlagt.

1.3.4. Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung

Arbeitnehmer haben in den Fällen,
in denen eine Pflichtveranlagung
durchzuführen ist, unaufgefordert
eine Einkommensteuererklärung
einzureichen (siehe dazu 1.3.3.1).

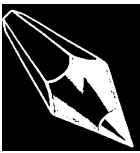
Von Personen, die keinen Arbeits-
lohn bezogen haben, sind u. a.
Erklärungen abzugeben, wenn

- bei Ehegatten, die das Veranla-
gungswahlrecht haben (vgl.
1.3.2), der Gesamtbetrag der
Einkünfte mehr als das Dop-
pelte des Grundfreibetrages
(vgl. 1.11.1) betragen hat, die
getrennte Veranlagung oder
die besondere Veranlagung
für das Kalenderjahr der
Eheschließung beantragt wird
oder
- bei anderen Personen (zum
Beispiel Ledigen) der Gesamt-
betrag der Einkünfte den

Grundfreibetrag (vgl. 1.11.1)
überstiegen hat.

Einkommensteuererklärungen sind
bis zum 31. Mai des Folgejahrs
beim zuständigen Finanzamt ein-
zureichen (für 2009 also bis
31.05.2010). An die Abgabe der
Steuerklärung wird alljährlich un-
ter anderem auch durch öffentli-
che Aufforderung erinnert. Bei
Nichtabgabe der Steuererklärung
drohen Schätzung und Zwangs-
maßnahmen seitens des Finanz-
amtes. Wegen der Abgabefrist bei
einer Antragsveranlagung siehe
1.3.3.1.

Rechtsquelle: §§ 25, 46 EStG
§§ 56, 60 EStDV
§ 149 AO



1.4 Steuerfreie Einnahmen

Verschiedene Einnahmen sind steuerfrei und werden deshalb zur Einkommensteuer nicht herangezogen. Allerdings werden bestimmte steuerfreie Einnahmen bei der Berechnung des Steuersatzes für die steuerpflichtigen Einkünfte berücksichtigt (so genannter Progressionsvorbehalt, vgl. 1.11.2), insbesondere wenn es sich um Lohnersatzleistungen handelt. Steuerfrei sind im Wesentlichen die hier aufgezählten Einnahmen.

1.4.1 Krankenversicherung/ Unfallversicherung

Steuerfrei sind Leistungen aus einer Krankenversicherung, aus einer Pflegeversicherung und aus der gesetzlichen Unfallversicherung, und zwar sowohl Bar- als auch Sachleistungen. Es ist auch ohne Bedeutung, ob die Leistungen dem ursprünglich Berechtigten oder den Hinterbliebenen gewährt werden. Die Steuerfreiheit kann auch für Leistungen aus einer ausländischen gesetzlichen Unfallversicherung in Betracht kommen.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 1a EStG

1.4.2 Gesetzliche Rentenversicherung

Sachleistungen und Kinderzu-

schüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen einschließlich der Sachleistungen nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte sind steuerfrei.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 1b EStG

Ebenfalls steuerfrei sind Zuschüsse der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 14 EStG

1.4.3 Mutterschaftsgeld

Steuerfrei sind das Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz, der Reichsversicherungsordnung und dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte, die Sonderunterstützung für im Familienhaushalt beschäftigte Frauen, der Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz sowie der Zuschuss bei Beschäftigungsverboten für die Zeit vor oder nach der Entbindung sowie für den Entbindungstag während einer Elternzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 1d EStG

1.4.4 Erziehungsgeld, Elterngeld und Rentenzuschläge für Kindererziehung

Das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz und vergleichbare Leistungen der Länder, das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und vergleichbare Leistungen der Länder sowie Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 nach den §§ 294 bis 299 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und die Zuschläge nach den §§ 50a bis 50e des Beamtenversorgungsgesetzes oder den §§ 70 bis 74 des Soldatenversorgungsgesetzes sind ebenfalls von der Steuer befreit.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 67 EStG

1.4.5 Leistungen an Wehrpflichtige und Zivildienstleistende

Steuerfrei sind die Geld- und Sachbezüge sowie die Heilfürsorge, die an Wehrpflichtige und Zivildienstleistende nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Wehrgesetz und § 35 Zivildienstgesetz gezahlt werden.

*Rechtsquelle: § 3 Nr. 5 EStG
R 3.5 LStR*

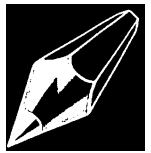
1.4.6 Versorgungsbezüge an Wehr- und Zivildienstbeschädigte

Auch die Versorgungsbezüge, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln an Wehr- und Zivildienstbeschädigte oder ihre Hinterbliebenen, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen gezahlt werden, sind steuerfrei, soweit es sich nicht um Bezüge handelt, die aufgrund der Dienstzeit gewährt werden.

*Rechtsquelle: § 3 Nr. 6 EStG
R 3.6 LStR*

1.4.7 Beihilfen für Zwecke der Erziehung, Ausbildung

Steuerfrei sind Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Beihilfe zu dem Zweck bewilligt werden, die Erziehung oder Ausbildung, die Wissenschaft oder Kunst unmittelbar zu fördern. Nicht hierunter fallen Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, die aufgrund der Besoldungsgesetze, besonderer Tarife oder ähnlicher Vorschriften gewährt werden. Voraussetzung für die Steuerfrei-





heit ist, dass der Empfänger mit den Bezügen nicht zu einer bestimmten wissenschaftlichen oder künstlerischen Gegenleistung oder zu einer bestimmten Arbeitnehmersmertätigkeit verpflichtet wird.

*Rechtsquelle: § 3 Nr. 11 EStG
R 3.11 LStR*

1.4.8 Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz

Leistungen, die aufgrund des Bundeskindergeldgesetzes gewährt werden (vgl. 2.5), sind ebenfalls steuerfrei.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 24 EStG

1.4.9 Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten

Steuerfrei sind Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, aus nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeiten oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder Auftrag einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer unter § 5

Abs. 1 Nr. 9 KStG fallenden Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke (§§ 52 - 54 AO) bis zur Höhe von 2.100 Euro im Jahr. Einnahmen aus anderen nebenberuflichen Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer unter § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG fallenden Einrichtung sind bis zur Höhe von 500 Euro im Jahr steuerfrei. Überschreiten die Einnahmen für die genannten Tätigkeiten den steuerfreien Betrag, dürfen die mit den nebenberuflichen Tätigkeiten in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Ausgaben nur insoweit als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen.

*Rechtsquelle: § 3 Nr. 26 und
Nr. 26a EStG*

1.4.10 Leistungen nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz

Leistungen nach §§ 14a Abs. 4, 14b Arbeitsplatzschutzgesetz sind ebenfalls steuerfrei.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 47 EStG

1.4.11 Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz sind steuerfrei, soweit sie nicht nach dessen § 15 Abs. 1 Satz 2 steuerpflichtig sind.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 48 EStG

1.4.12 Wohngeld

Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz ist steuerfrei ebenso wie die sonstigen Leistungen zur Senkung der Miete oder Belastung im Sinne des § 11 Abs. 2 Nr. 4 Wohngeldgesetz.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 58 EStG

1.4.13 Soldatenversorgungsgesetz

Die Arbeitslosenbeihilfe und die Arbeitslosenhilfe, die nach dem Soldatenversorgungsgesetz bei Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis geleistet werden, sind steuerfrei.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 2a EStG

1.4.14 Unterbringung und Betreuung nicht schulpflichtiger Kinder

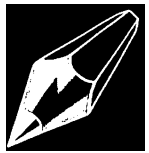
Leistungen des Arbeitgebers zur Unterbringung von nicht schulpflichtigen Kindern in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen sind steuerfrei. Die Leistungen müssen aber zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 33 EStG R 3.33 LStR

1.4.15 Aufstockungsbeträge im Sinne des Altersteilzeitgesetzes und die hälftigen Beiträge im Sinne des § 187 a SGB VI

Aufstockungsbeträge im Sinne des § 187a SGB VI Aufstockungsbeträge im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a sowie die Beiträge und Aufwendungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und des § 4 Abs. 2 des Altersteilzeitgesetzes sind steuerfrei. Zahlungen des Arbeitgebers zur Übernahme der Beiträge im Sinne des § 187 a SGB VI sind steuerfrei, soweit sie 50 v. H. der Beiträge nicht übersteigen.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 28 EStG, R 3.28 LStR





1.4.16 Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch

Steuerfrei sind beispielsweise das Arbeitslosengeld (I), das Teilarbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld, das Winterausfallgeld, die Arbeitslosenhilfe, der Zuschuss zum Arbeitsentgelt, das Übergangsgeld, das Unterhaltsgeld, die Eingliederungshilfe, das Überbrückungsgeld, der Gründungszuschuss, der Existenzgründungszuschuss nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch oder dem Arbeitsförderungs-gesetz.

*Rechtsquelle: § 3 Nr. 2 EStG,
R 3.2 LStR*

1.4.17 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch

Steuerfrei sind Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (z.B. Arbeitslosengeld II).

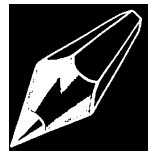
Rechtsquelle: § 3 Nr. 2b EStG

1.4.18 Leistungen zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung

Leistungen des Arbeitgebers zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung, die hinsichtlich Qualität, Zweckbindung und Zielgerichtetheit den Anforderungen der §§ 20 und 20a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genügen, soweit sie 500 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigen, sind steuerfrei. Die Leistungen müssen aber zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 34 EStG

1.5 Werbungskosten/Betriebsausgaben



1.5.1 Was sind „Werbungskosten“?

Unter Werbungskosten versteht man Aufwendungen, die dem Erwerb, der Sicherung und Erhaltung von Einnahmen dienen. Sie sind bei der Einkunftsart zu berücksichtigen, bei der sie entstanden sind. Werbungskosten gibt es bei den Einkünften aus

- nichtselbständiger Arbeit,
- Kapitalvermögen,
- Vermietung und Verpachtung und
- den sonstigen Einkünften im Sinne des § 22 EStG.

Bei den anderen Einkunftsarten spricht man von Betriebsausgaben.

1.5.1.1 Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten

Die steuerliche Behandlung von Kinderbetreuungskosten wurde ab dem 1. Januar 2006 durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung neu geregelt.

Danach können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten

- eines zum Haushalt des Steuerbürgers gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Abs.1 EStG,
- das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder
- wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres¹ eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten,
- in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind

wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden.

Im Falle des Zusammenlebens der Eltern kommt ein Abzug erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten nur in Betracht, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

Zu den Kinderbetreuungskosten zählen z. B. Aufwendungen für:

- die Unterbringung von Kindern in Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderkrippen sowie bei Tagesmüttern,

¹ Die Absenkung der Altersgrenze wirkt sich erstmals für solche Kinder aus, die im Veranlagungszeitraum 2007 außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wenn dies auf eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung zurückzuführen ist, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres eintrat. Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 in der Zeit ab ihrem 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, werden bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen auch im Veranlagungszeitraum 2007 und darüber hinaus berücksichtigt. Dadurch sollen bisher schon erfasste Kinder weiterhin berücksichtigungsfähig bleiben.



- die Beschäftigung von Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen und Kinderschwestern,
- die Beschäftigung von Hausgehilfinnen oder Haushaltshilfen, soweit diese Kinder betreuen.

Nicht berücksichtigt werden Aufwendungen für:

- jede Art von Unterricht (auch Nachhilfeunterricht)
- Vermittlung besonderer Fähigkeiten (z. B. Schreibmaschinenkurs, Fahrschule)
- sportliche und andere Freizeitbetätigungen
- Nebenleistungen, die nicht unmittelbar der Betreuung dienen (z. B. Fahrtkosten des Kindes).

Voraussetzung für den Abzug ist, dass dem Steuerbürger eine Rechnung und ein Beleg über die Zahlung des Entgeltes auf das Konto des Erbringers der Leistung vorliegen, mit denen auf Anforderung die Aufwendungen und die unbare Zahlung gegenüber dem Finanzamt nachgewiesen werden können.

Ist das zu betreuende Kind nicht unbeschränkt einkommensteuerepflichtig, ist der Höchstbetrag von 4.000 Euro zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohn-

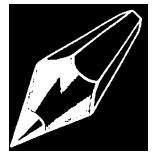
sitzstaat notwendig und angemessen ist.

Die erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten können neben dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag (vgl. 1.5.2) gesondert berücksichtigt werden. Kommt eine Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten nicht in Betracht, weil die Voraussetzung der Erwerbstätigkeit nicht erfüllt ist, können die Aufwendungen ggfs. als Sonderausgaben abzugsfähig sein (vgl. 1.6.2).

*Rechtsquelle: §§ 4f, 9 Abs. 5, 9a EStG
(ab VZ 2009: § 9c EStG)*

1.5.1.2 Kosten der Lebensführung

Soweit im Einkommensteuergesetz nichts anderes bestimmt ist (vgl. 1.6 und 1.12), sind die Aufwendungen für den Haushalt des Steuerbürgers und den Unterhalt seiner Familienangehörigen nicht abzugsfähig. Repräsentationsaufwendungen und Aufwendungen für Ernährung, Kleidung und Wohnung sind in der Regel Kosten der Lebensführung und deshalb keine Werbungskosten. Bei solchen Aufwendungen besteht oft ein Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit des Arbeitnehmers.



In diesen Fällen ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Aufwendungen ausschließlich beruflichen Zwecken dienen und nichts mit dem Privatleben des Arbeitnehmers zu tun haben.

Dienen die Aufwendungen ausschließlich beruflichen Zwecken, so sind sie als Werbungskosten zu berücksichtigen. Sind die Aufwendungen nur zum Teil durch berufliche Zwecke veranlasst worden und lässt sich dieser Teil der Aufwendungen von den Ausgaben, die ganz oder teilweise der privaten Lebensführung gedient haben, leicht und einwandfrei trennen, so sind die Aufwendungen insoweit als Werbungskosten zu berücksichtigen. Lässt sich eine Trennung der Aufwendungen in Werbungskosten und in Kosten der Lebensführung nicht leicht und einwandfrei durchführen (zum Beispiel bei Aufwendungen für Körperpflege, Kleidung und Schuhe), so gehört der gesamte Betrag zu den nicht abzugsfähigen Ausgaben. Aufwendungen für Kleidung und Schuhe - ausgenommen typische Berufskleidung - sind als Aufwendungen der Lebensführung auch dann nicht abziehbar, wenn der Steuerbürger die Kleidungsstücke ausschließlich bei der Berufsausübung trägt.

1.5.1.3 Zuwendungen an Dritte

Freiwillige Zuwendungen und solche aufgrund freiwillig begründeter Rechtspflicht an bestimmte Personen, auch an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen (zum Beispiel geschiedene Ehegatten), sind ebenfalls nicht abzugsfähig, siehe aber 1.6.3 und 1.12.4.1.

1.5.1.4 Nicht abzugsfähige Steuern

Auch die Einkommensteuer und sonstige Personensteuern sowie die Umsatzsteuer für Umsätze, die Entnahmen sind, sind nicht abzugsfähig.

1.5.1.5 Bußgelder, Geldstrafen

Weiterhin nicht abzugsfähig sind auch Geldbußen, Ordnungs- und Verwarnungsgelder sowie Geldstrafen; soweit mit Geldbußen auch der wirtschaftliche Vorteil abgeschöpft wird und hierbei Ertragsteuern nicht berücksichtigt wurden, kann dieser Teil vom Abzugsverbot ausgenommen werden. Aufwendungen für die Strafverteidigung und das Strafverfahren können aber Werbungskosten oder Betriebsausgaben sein, wenn



die Tat in Ausübung der beruflichen oder betrieblichen Tätigkeit begangen worden ist.

*Rechtsquelle: §§ 9 Abs. 1, 12 EStG
R 9.1 LStR*

1.5.2. Pauschbeträge für Werbungskosten

Bei verschiedenen Einkunftsarten werden Pauschbeträge für Werbungskosten und wie Werbungskosten zu berücksichtigende Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abgezogen, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden.

Die Pauschbeträge betragen:

- bei Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit (Arbeitnehmer-Pauschbetrag) **920 Euro**;
- bei Einnahmen aus wiederkehrenden Bezügen (zum Beispiel aus Renten, Unterhaltsleistungen und Altersvorsorgeverträgen i.S.v. § 82 EStG) **102 Euro**.

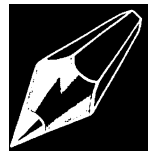
Erzielen beide Ehegatten Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit, so steht ihnen - unabhängig von der Veranlagungsform - jeweils ein

Arbeitnehmer-Pauschbetrag zu. Sind bei einem Ehegatten die Einnahmen niedriger als 920 Euro, so können dessen Einnahmen nur bis auf 0 Euro gemindert werden, der ggf. anteilig nicht beanspruchte Arbeitnehmer-Pauschbetrag kann nicht auf den anderen Ehegatten übertragen werden.

Bei Einnahmen aus wiederkehrenden Bezügen, Unterhaltsleistungen und Altersvorsorgeverträgen i.S.v. § 82 EStG erhält bei der Zusammenveranlagung jeder Ehegatte, der solche Einnahmen hat, den Werbungskosten-Pauschbetrag in Höhe von 102 Euro. Sind die Einnahmen niedriger als 102 Euro, dann ist der Pauschbetrag nur bis zur Höhe der Einnahmen zu gewähren. Der Pauschbetrag ist nicht zu ermäßigen, wenn die unbeschränkte Steuerpflicht lediglich während eines Teils des Kalenderjahrs bestanden hat.

*Rechtsquelle: § 9a EStG
R 9a EStR*

1.6 Sonderausgaben



1.6.1 Was sind „Sonderausgaben“?

Sonderausgaben sind private Ausgaben für bestimmte Kosten der Lebensführung, die vom Staat ausnahmsweise steuerlich begünstigt werden. Das Einkommensteuergesetz enthält eine abschließende Aufzählung der Sonderausgaben (§§ 10 ff. EStG).

Sonderausgaben sind in der Einkommensteuererklärung im Mantelbogen auf Seite 3 bzw. in der Anlage AV ("Riester-Rente") zu erklären.

Abzugsberechtigt ist derjenige, der zur Zahlung verpflichtet ist und die entsprechenden Aufwendungen auch selbst entrichtet.

Abzugszeitpunkt ist das Kalenderjahr, in dem die Sonderausgaben geleistet werden.

Die Abzugshöhe bestimmt sich grundsätzlich nach den tatsächlichen Zahlungen innerhalb eines Kalenderjahres abzüglich der im gleichen Kalenderjahr erstatteten oder gutgeschriebenen Beträge der gleichen Art (z. B. erstattete Kirchensteuer, rückvergütete Versicherungsbeiträge).

1.6.2 Welche Aufwendungen werden anerkannt?

Sonderausgaben sind folgende Aufwendungen, wenn sie weder Betriebsausgaben noch Werbungskosten sind oder wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten behandelt werden:

- Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten, wenn der Geber dies mit Zustimmung des Empfängers beantragt, bis zu 13.805 Euro im Kalenderjahr (siehe hierzu ausführlich 1.6.3.1);
- auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, die nicht mit Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben (z. B. im Zusammenhang mit einer Betriebsübergabe im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge vereinbarte Versorgungsleistungen an die Eltern);
- Altersvorsorgeaufwendungen (siehe hierzu ausführlich 1.6.4.1);
- sonstige Vorsorgeaufwendungen (siehe hierzu ausführlich 1.6.4.2);
- gezahlte Kirchensteuer (siehe hierzu ausführlich 1.6.5);



- Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung bis zu 4.000 Euro im Kalenderjahr (siehe hierzu ausführlich 1.6.6);
 - 30 % des Entgelts, höchstens 5.000 Euro, das die Eltern für den Besuch einer Schule in freier Trägerschaft oder einer überwiegend privat finanzierten Schule eines Kindes erhalten, für das sie Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag erhalten. Voraussetzung ist, dass die Schule zu einem anerkannten allgemein bildenden oder berufsbildenden Schul-, Jahrgang- oder Berufsabschluss führt oder ordnungsgemäß auf einen solchen vorbereitet. Nicht abzugsfähig – auch nicht teilweise – ist das Entgelt für die Beherbergung, Betreuung und Verpflegung des Kindes.
 - Kinderbetreuungskosten (siehe hierzu ausführlich 1.6.7);
 - Beiträge zu einer Riester-Rente (siehe hierzu ausführlich 1.6.4.3)
 - Spenden (siehe hierzu ausführlich 1.6.8)
- stungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten kommen zwei Möglichkeiten in Betracht, und zwar:
- als Sonderausgaben (so genanntes begrenztes Realsplitting); dabei werden die Unterhaltsleistungen beim Geber (= Unterhaltsverpflichteter) als Sonderausgaben abgezogen und beim Empfänger (= Unterhaltsberechtigter) als steuerpflichtige sonstige Einkünfte erfasst. Sowohl der Abzug als auch die Versteuerung sind auf einen Jahreshöchstbetrag von 13.805 Euro begrenzt;
 - als außergewöhnliche Belastung; abgezogen werden hier die Unterhaltsleistungen beim Geber bis zu einem Höchstbetrag von 7.680 Euro. Beim Empfänger bleiben diese steuerfrei. Der Abzug kann aber bei eigenen Bezügen und Einkünften des Empfängers entfallen.

Beide Vergünstigungen können für die Unterhaltsleistung an eine Person nicht nebeneinander beansprucht werden.

Rechtsquelle: §§ 10, 10a, 10b, 34f, 79ff. EStG

1.6.3 Unterhaltsleistungen

Für den Abzug von Unterhaltslei-

1.6.3.1 Berücksichtigung als Sonderausgaben („begrenztes Realsplitting“)

Es ist unerheblich, ob die Unter-

haltsleistungen freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Unterhaltspflicht erbracht werden und ob es sich um laufende oder einmalige Leistungen handelt. Auch als Unterhalt erbrachte Sachleistungen können berücksichtigt werden.

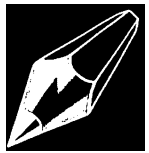
Übersteigen die Unterhaltsleistungen den Höchstbetrag von 13.805 Euro im Kalenderjahr, so sind die darüber hinaus gezahlten Beträge nicht abzugsfähig, auch nicht als außergewöhnliche Belastungen. Dies gilt auch dann, wenn der Sonderausgabenabzug auf einen niedrigeren Betrag als 13.805 Euro beschränkt wird. Ist Unterhalt an mehrere geschiedene Ehegatten zu leisten, so sind die Unterhaltsleistungen an jeden Empfänger bis zu 13.805 Euro abziehbar.

Voraussetzung für den Sonderausgabenabzug ist, dass der Unterhaltsverpflichtete beim Finanzamt einen entsprechenden Antrag stellt, dem der Empfänger zugestimmt hat. Der Antrag kann nur jeweils für ein Kalenderjahr gestellt und nicht zurückgenommen werden. Eine einmal erteilte Zustimmung bleibt solange wirksam, bis sie ausdrücklich widerrufen wird. Der Widerruf ist vor Beginn des Kalenderjahres, für das

die Zustimmung erstmals nicht mehr gelten soll, gegenüber dem Finanzamt zu erklären.

Der Sonderausgabenabzug kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn der unterhaltsberechtigte Ehegatte unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist. Eine Sonderregelung gilt für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union (EU) oder eines Staates, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anwendbar ist, sofern deren Einkünfte mindestens zu 90 % der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte nicht mehr als 6.136 Euro im Kalenderjahr betragen. In diesen Fällen kommt der Sonderausgabenabzug in Betracht, wenn der Unterhaltsempfänger seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaats hat und die Besteuerung der Unterhaltszahlungen beim Empfänger durch eine Bescheinigung der zuständigen ausländischen Steuerbehörde nachgewiesen wird.

Beim Empfänger werden die zufließenden Unterhaltsleistungen, soweit sie beim Geber als Son-





derausgaben abzugsfähig sind, als sonstige Einkünfte behandelt, höchstens jedoch bis zum Jahresbetrag von 13.805 Euro. Werbungskosten, mindestens aber ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 Euro, können von den Einnahmen (gegebenenfalls zusammen mit anderen wiederkehrenden Bezügen) abgezogen werden. Sind die Unterhaltsleistungen höher als 13.805 Euro, so können die Werbungskosten nur anteilig berücksichtigt werden, soweit sie den Betrag von 102 Euro übersteigen. Die Höhe der zu entrichtenden Einkommensteuer für die Unterhaltsleistungen richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls.

Damit der Unterhaltsberechtigte durch diese Regelung nicht benachteiligt wird, hat der Gesetzgeber den Abzug der Unterhaltsleistungen von der Zustimmung des Empfängers abhängig gemacht. Der Unterhaltsempfänger kann die Zustimmung der Höhe nach beschränken. Bei der Zustimmung muss der Unterhaltsempfänger bedenken, dass sein zu versteuerndes Einkommen durch die Einbeziehung der Unterhaltsleistungen Einkommensgrenzen überschreiten kann, die ihm bestimmte Vergünstigungen, wie Vermögensbildung, Wohnungs-

bauförderung, Sozialwohnung, Wohngeld oder BAföG, verwehren. Die Zustimmung kann bürgerlich-rechtlich mit der Vereinbarung verknüpft werden, dass der Unterhaltsverpflichtete die auf die Unterhaltsleistungen entfallende Steuer zu ersetzen und andere Nachteile auszugleichen hat.

Das Realsplitting ist für Unterhaltsverpflichtete zumeist von Vorteil, da die Steuerermäßigung beim Geber regelmäßig höher ist als die dem Empfänger zu erstattende Steuer. Um die auf die Unterhaltsleistungen entfallende Einkommensteuer festzustellen, dürfte in aller Regel eine zur Steuerhilfe berechnete Person oder das zuständige Finanzamt zu Rate zu ziehen sein.

Verweigert der Empfänger seine Zustimmung, obwohl ihm die Erstattung der anfallenden Steuer und der Ausgleich anderer Nachteile zugesagt worden ist, kann auf die Zustimmung des Empfängers bürgerlich-rechtlich ein Anspruch bestehen, der ggf. im Rahmen eines zivilgerichtlichen Verfahrens durchgesetzt werden müsste. Eine rechtskräftige Verurteilung zur Zustimmung und die Zustimmung im Rahmen eines Prozessvergleichs sind als Zustimmung an-

zusehen. Im Fall der rechtskräftigen Verurteilung wirkt die Zustimmung nur für das Kalenderjahr, das Gegenstand des Rechtsstreits war, und hat daher für die Folgejahre keine Bindungswirkung.

Kommt es trotzdem nicht zur Zustimmung oder wird kein Antrag auf Sonderausgabenabzug gestellt, so besteht für den Unterhaltsverpflichteten nur die Möglichkeit, die Unterhaltsleistungen als außergewöhnliche Belastung geltend zu machen. Dies gilt auch, wenn der Empfänger nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig und die Sonderregelung für EU- oder EWR-Staatsangehörige nicht anwendbar ist.

1.6.3.2 Berücksichtigung als außergewöhnliche Belastungen

Der Geber kann die Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder getrennt lebenden Ehegatten bis zu einem Höchstbetrag von 7.680 Euro im Kalenderjahr als außergewöhnliche Belastungen abziehen (vgl. 1.12.4.1). Verfügt der Unterhaltsempfänger jedoch über weitere eigene Einkünfte und Bezüge, wird der Höchstbetrag

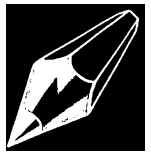
um diese Einkünfte oder Bezüge gekürzt, soweit sie 624 Euro im Kalenderjahr übersteigen. Die Unterhaltsleistungen, gleich welcher Höhe, unterliegen in diesem Fall beim Unterhaltsempfänger nicht der Einkommensteuer.

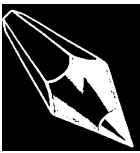
Rechtsquelle: §§ 1a Abs. 1 Nr. 1, 10 Abs. 1 Nr. 1, 33a Abs. 1 EStG R 10, 33a EStR

1.6.4 Vorsorgeaufwendungen und Riesterförderung

Durch das Alterseinkünftegesetz wurde ab dem 01.01.2005 die einkommensteuerliche Behandlung von Altersbezügen und Vorsorgeaufwendungen neu geregelt. Durch die Gesetzesänderung ist nunmehr zu unterscheiden zwischen Altersvorsorgeaufwendungen (siehe dazu 1.6.4.1) und sonstigen Vorsorgeaufwendungen (siehe dazu 1.6.4.2). Neben dem Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen und für sonstige Vorsorgeaufwendungen ist weiterhin eine steuerliche Förderung für die sog. „Riester-Rente“ möglich (siehe dazu 1.6.4.3).

Rechtsquelle: § 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie §§ 10a und 79 ff. EStG R 10.4 EStR





1.6.4.1 Altersvorsorgeaufwendungen

Zu den Altersvorsorgeaufwendungen zählen Beiträge zu:

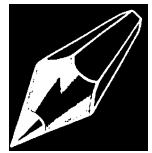
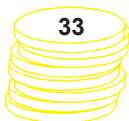
- gesetzlichen Rentenversicherungen,
- landwirtschaftlichen Alterskassen,
- berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen,
- sonstigen privaten Leibrentenversicherungen (siehe „Rürup-Rente“) und
- Versicherungen gegen Berufsunfähigkeit oder verminderte Erwerbsfähigkeit sowie Hinterbliebenenversicherungen als Zusatzversicherung zur vorgenannten Leibrentenversicherung.

Der Sonderausgabenabzug von Altersvorsorgeaufwendungen ist an folgende Voraussetzungen gebunden:

1. Die Vorsorgeaufwendungen dürfen nicht in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (z.B. steuerfreier Arbeitslohn bei Auslandstätigkeit) stehen.
2. Die Vorsorgeaufwendungen müssen an
 - Versicherungsunternehmen, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung in einem Mit-

- gliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes haben und das Versicherungsgeschäft im Inland betreiben dürfen oder
- Versicherungsunternehmen, denen die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb im Inland erteilt ist oder
- eine berufsständische Versorgungseinrichtung oder
- einen Sozialversicherungsträger gezahlt werden.

Die steuerliche Begünstigung von Beiträgen zu einer Leibrentenversicherung („Rürup-Rente“) ist an zusätzliche Voraussetzungen gebunden. Der Vertrag zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersversorgung muss eine monatliche, auf das Leben des Steuerbürgers bezogene lebenslange Leibrente vorsehen. Dabei darf die Auszahlung nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgen. Des Weiteren dürfen die Ansprüche aus der Versicherung nicht vererblich, nicht kapitalisierbar und nicht übertragbar, beleihbar oder veräußerbar sein. Ferner sind solche Verträge nur begünstigt, wenn die Vertragslaufzeit nach dem 31.12.2004 begonnen hat.



Ab dem 01.01.2005 sind damit Beiträge zu Versicherungen, die die genannten Voraussetzungen der „Rürup-Rente“ nicht erfüllen und bei denen der Beginn der Vertragslaufzeit nach dem 31.12.2004 liegt, nicht als Sonderausgaben abziehbar (zu „Altverträgen“ siehe unter 1.6.4.2).

Altersvorsorgeaufwendungen werden in einem Übergangszeitraum stufenweise steuerfrei gestellt, bis im Jahr 2025 letztendlich 100 Prozent der Aufwendungen bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 Euro bzw. 40.000 Euro bei Ehegatten abzugsfähig sind. Bei Arbeitneh-

mern, die ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistung einen Anspruch auf Altersversorgung erwerben, z. B. Beamte, Richter, Gesellschafter-Geschäftsführer mit Pensionszusage oder Abgeordnete, vermindert sich der Höchstbetrag um einen fiktiven Gesamtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung. Dieser wird nach dem jeweils gültigen Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (zz. 19,9 Prozent) und den aus der betreffenden Tätigkeit erzielten steuerpflichtigen Einnahmen ermittelt.

Im Jahr 2009 sind 68 Prozent der

Beispiel 1: Herr Schmidt hat im Jahr 2009 einen Bruttoarbeitslohn von 30.000 €. Der Arbeitgeberanteil und Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt je 9,95 % = 2.985 €. Zusätzlich hat er eine private Leibrentenversicherung abgeschlossen und dort Beiträge in Höhe von 1.000 € eingezahlt:

Gesamtbeiträge (2.985 € + 2.985 € + 1.000 €)	6.970 €
Höchstbetrag anzusetzen	20.000 €
davon 68 %	6.970 €
abzüglich (voller steuerfreier Arbeitgeberanteil)	4.740 € - 2.985 €
Abzugsbetrag	1.755 €

Beispiel 2: wie Beispiel 1, aber Herr Schmidt ist Beamter und erhält Besoldung in Höhe von 30.000 €

Gesamtbeiträge	1.000 €
Höchstbetrag	20.000 €
fiktiver Gesamtrentenbeitrag (30.000 € x 19,9 % =)	- 5.970 €
gekürzter Höchstbetrag	14.030 €
anzusetzen	1.000 €
davon 68 %	680 €
Abzugsbetrag	680 €





innerhalb des Höchstbetrages gezahlten Beiträge abzugsfähig. Dieser Prozentsatz steigt in den Folgejahren jährlich um 2 Prozentpunkte an.

In einer Übergangsphase bis zum Jahr 2010 prüft das Finanzamt zur Vermeidung einer eventuellen Schlechterstellung des Steuerbürgers von Amts wegen, ob der nach aktuellem Recht ermittelte Abzugsbetrag für Altersvorsorgeaufwendungen und für sonstige Vorsorgeaufwendungen gegebenenfalls geringer ist als der Abzugsbetrag, der nach dem bis zum 31.12.2004 geltenden Recht anzusetzen wäre. Im Ergebnis dieser Prüfung wird jeweils der höhere Abzugsbetrag der Besteuerung zugrunde gelegt. Die Günstigerprüfung wird über das Jahr 2010 hinaus bis zum Jahr 2019 fortgeführt, allerdings dann mit sinkenden Beträgen beim Vorwegabzug².

1.6.4.2 sonstige Vorsorgeaufwendungen

Neben den Altersvorsorgeaufwendungen sind sonstige Vorsorgeaufwendungen bis zu einem

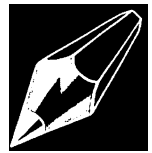
gesonderten Höchstbetrag als Sonderausgaben abziehbar. Dazu zählen Beiträge zu:

- Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit (gesetzliche Beiträge an die Bundesagentur für Arbeit und Beiträge zu privaten Versicherungen),
- gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherungen,
- Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, die nicht Bestandteil einer Leibrentenversicherung („Rürup-Rente“, Nr. 1.2) sind,
- Unfallversicherungen, wenn es sich nicht um eine Unfallversicherung mit garantierter Beitragsrückzahlung handelt,
- Haftpflichtversicherungen,
- Lebensversicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen (Risikolebensversicherungen).

Ferner sind Beiträge zu folgenden Versicherungen berücksichtigungsfähig:

- „alte“ Leibrentenversicherungen, die die Voraussetzungen der sog. „Rürup-Rente“ erfüllen,
- Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht, bei denen

² Nach der Rechtslage bis zum 31.12.2004 wurde ein sog. Vorwegabzug in Höhe von 3.068 Euro/6.136 (Ledige/Ehegatten) gewährt.



- die vorgenannten Voraussetzungen nicht vorliegen,
- Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht gegen laufende Beitragsleistungen, wenn das Kapitalwahlrecht nicht vor Ablauf von zwölf Jahren seit dem Vertragsabschluss ausgeübt werden kann (max. 88 Prozent der Beiträge),
 - Kapitalversicherungen gegen laufende Beitragsleistungen mit Sparanteil, wenn der Vertrag für die Dauer von mindestens zwölf Jahren abgeschlossen wird (max. 88 Prozent der Beiträge),
- jedoch nur, wenn die Laufzeit dieser Versicherungen vor dem 01.01.2005 begonnen hat und mindestens ein Versicherungsbeitrag bis zum 31.12.2004 geleistet worden ist.

Berücksichtigungsfähig sind auch die Abschluss- und Ausfertigungsgebühren sowie die Versicherungssteuer.

Nicht als Sonderausgaben abziehbar sind Beiträge zu folgenden Versicherungen:

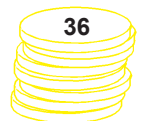
- fondsgebundene Lebensversicherung,
- Hausratversicherung,
- Kaskoversicherung,
- Rechtsschutzversicherung.

Abzugsberechtigt ist derjenige, der die Beiträge als Versicherungsnehmer gezahlt hat. Es ist ohne Bedeutung, wer der Versicherte ist oder wem die Versicherungssumme oder eine andere Leistung später zufließt.

Auch hier ist der Sonderausgabenabzug an weitere Voraussetzungen gebunden (vgl. hierzu Ausführungen unter 1.6.4.1).

Der Abzug der sonstigen Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben ist auf folgende Höchstbeträge begrenzt:

- 2.400 Euro pro Kalenderjahr bei Personen, die Aufwendungen für ihre Krankenversicherung und Krankheitskosten vollständig aus eigenen Mitteln tragen (z. B. Selbständige) bzw. die keinen eigenen Anspruch auf vollständige oder teilweise Erstattung oder Übernahme der Krankheitskosten ganz oder teilweise ohne eigene Aufwendungen haben (z.B. Ehefrau eines Beamten, die nicht selbst krankenversicherungspflichtig ist und für die aufgrund der Beihilfeberechtigung des Ehemannes teilweise Krankheitskosten erstattet werden)





- 1.500 Euro pro Kalenderjahr bei Personen, die ganz oder teilweise ohne eigene Aufwendungen einen Anspruch auf vollständige oder teilweise Erstattung oder Übernahme der Krankheitskosten haben oder für deren Krankenversicherung steuerfreie Arbeitgeberleistungen bzw. steuerfreie Zuschüsse des gesetzlichen Rentenversicherungsträgers erbracht werden. Das betrifft z.B. sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Beamte, Rentner und beitragsfrei mitversicherte Familienangehörige.

Bei zusammen veranlagten Ehegatten ist zunächst für jeden Ehegatten der ihm zustehende Höchstbetrag zu bestimmen. Gemeinsame Aufwendungen sind bis zur Summe der beiden Höchstbeträge abziehbar.

Auch beim Sonderausgabenabzug für sonstige Vorsorgeaufwendungen erfolgt für eine Übergangszeit von Amts wegen eine Günstigerprüfung (vgl. hierzu Ausführungen unter 1.6.4.1).

1.6.4.3 Riesterförderung („Riester-Rente“)

Durch das Gesetz zur Reform der

gesetzlichen Rentenversicherung und Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz) vom 26.06.2001 soll als Ausgleich für künftige Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersversorgung gefördert werden. Neben dem bereits bestehenden Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen wurde durch das Altersvermögensgesetz ein neuer zusätzlicher Sonderausgabenabzug oder alternativ eine progressionsunabhängige Altersvorsorgezulage (siehe dazu 2.6) eingeführt.

Zum begünstigten Personenkreis gehören insbesondere die Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamte, Richter und Soldaten, die im aktiven Dienstverhältnis stehen oder zeitweise beurlaubte Beamte, deren Beurlaubungszeit ruhegehaltfähig ist bzw. die sich in Elternzeit (Kindererziehungszeit) befinden. Ehegatten von begünstigten Personen zählen ebenfalls dazu. Nicht gefördert werden z.B. Selbständige und Altersrentner.

Für Altersvorsorgebeiträge, die auf einen nach dem Altersvorsor-

geverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG) zertifizierten Altersvorsorgevertrag geleistet wurden, wird auf Antrag eine Altersvorsorgezulage gewährt. Der Antrag ist jährlich bei dem Anbieter des Vertrages (z.B. Versicherungsgesellschaft, Bank, Fondsgesellschaft) zu stellen. Es besteht auch die Möglichkeit, den Anbieter mit der Beantragung der Zulage für jedes Beitragsjahr schriftlich zu bevollmächtigen (sog. "Dauerzulagenantrag"). Wird eine entsprechende Vollmacht erteilt, entfällt ein jährlicher Antrag. Der Anbieter übermittelt die erforderlichen Vertragsdaten an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA). Die ZfA errechnet daraufhin den Anspruch auf eine Altersvorsorgezulage und überweist diese an den Anbieter. Der Anbieter schreibt die Zulage dann dem begünstigten Altersvorsorgevertrag gut.

Darüber hinaus können die geleisteten Altersvorsorgebeiträge zu-

sätzlich der zustehenden Zulage in der Einkommensteuererklärung als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Dabei prüft das Finanzamt, ob sich der Sonderausgabenabzug steuerlich günstiger auswirkt als der Anspruch auf die Altersvorsorgezulage. Ergibt sich bei der Berechnung durch den Sonderausgabenabzug ein zusätzlicher Steuervorteil, erhöht sich die unter Berücksichtigung dieses Abzugsbetrages ermittelte tarifliche Einkommensteuer um den Zulagenanspruch. Im Ergebnis wird nur der überschüssende Betrag im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung erstattet (keine Doppelförderung).

Die Günstigerprüfung wird durch das Finanzamt von Amts wegen durchgeführt, wenn der Einkommensteuererklärung die Anlage AV beigefügt wird. Darüber hinaus ist die Bescheinigung des Anbieters, in der die geleisteten Altersvorsorgebeiträge bestätigt werden, im Original vorzulegen.

Der Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeleistungen beträgt in den Veranlagungszeiträumen	
2006 und 2007	max. 1.575 Euro/Jahr
ab 2008	max. 2.100 Euro/Jahr





1.6.5 Kirchensteuer

Als Sonderausgaben abziehbare Kirchensteuern (dazu zählt auch das Kirchgeld) sind Geldleistungen, die anerkannte Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts von ihren Mitgliedern aufgrund gesetzlicher Vorschriften erheben.

Abzugsfähig ist die im Kalenderjahr geleistete Kirchensteuer abzüglich der in demselben Kalenderjahr erstatteten Kirchensteuer. Dabei ist es grundsätzlich unerheblich, für welche Jahre die Kirchensteuer geleistet oder erstattet wurde.

Keine Kirchensteuern sind freiwillige Beiträge, die an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften geleistet werden. Diese können gegebenenfalls als Spenden geltend gemacht werden (vgl. 1.6.8).

*Rechtsquelle: § 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG
R 10.7 EStR*

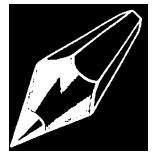
1.6.6 Berufsausbildungskosten

Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung sind bis zu einem Höchstbetrag von 4.000 Euro im

Kalenderjahr als Sonderausgaben abziehbar, wenn sie nicht ausnahmsweise Werbungskosten oder Betriebsausgaben sind. Für Ehegatten, die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, gilt der vorgenannte Höchstbetrag für jeden Ehegatten gesondert. Zu den Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung gehören insbesondere Aufwendungen für eine erstmalige Berufsausbildung oder für ein Erststudium.

Eine erstmalige Berufsausbildung liegt vor, wenn der Steuerbürger durch eine berufliche Ausbildungsmaßnahme die notwendigen fachlichen Fertigkeiten und Kenntnisse erwirbt und dadurch erstmalig zur Aufnahme eines Berufes befähigt ist. Der Beruf muss durch eine Ausbildung im Rahmen eines öffentlich-rechtlich geordneten Ausbildungsgangs erlernt werden, der durch eine Prüfung abgeschlossen wird. Eine erstmalige Berufsausbildung liegt auch dann vor, wenn ein Steuerbürger jahrelang - ohne entsprechende Berufsausbildung - in einem Beruf tätig war, die dazugehörige Berufsausbildung aber erst später absolviert.

Ein Erststudium liegt vor, wenn ihm kein anderes durch einen



berufsqualifizierenden Abschluss beendetes Studium vorangegangen ist. Um ein Studium handelt es sich, wenn es an einer Hochschule im Sinne des § 1 Hochschulrahmengesetzes (z. B. Universität, Pädagogische Hochschule, Kunsthochschule, Fachhochschule) absolviert wird. Das Studium kann auch als Fernstudium durchgeführt werden.

Als Sonderausgaben abzugsfähig sind u. a.:

- Studiengebühren,
- Kosten für Lehrbücher und andere Arbeitsmittel,
- Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Ausbildungsort
- Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer,
- Mehraufwendungen wegen doppelter Haushaltsführung und
- Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwendungen für gelegentliche Reisen zu anderen Ausbildungsorten (hier gelten Dienstreisegrundsätze, siehe Anleitung zur Einkommensteuerklärung, Anlage N - Reisekosten bei Dienstreisen).

Steuerfreie Bezüge, die ausschließlich zur Bestreitung der o. g. Aufwendungen gezahlt werden, mindern die abziehbaren Aufwendungen entsprechend. Eine Verrechnung unterbleibt, wenn die steuerfreien Bezüge ausschließlich oder teilweise Aufwendungen für den Lebensunterhalt - angenommen solche für auswärtige Unterbringung - abgelten (z. B. Berufsausbildungsbeihilfen nach § 59 SGB III, Leistungen nach den §§ 12 und 13 BAföG).

Steuerlich wirkt sich der Abzug der o. g. Aufwendungen nur aus, wenn eigene Einkünfte vorliegen. Hat z. B. ein Student oder Auszubildender in dem Jahr, in dem die Ausgaben angefallen sind, keine eigenen Einkünfte, kann ein nicht ausgenutzter Sonderausgabenabzug nicht auf spätere Jahre vorgetragen werden.

Findet die Ausbildung im Rahmen eines Ausbildungsdienstverhältnisses statt, sind die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten nicht als Sonderausgaben, sondern als Werbungskosten zu berücksichtigen. Dies gilt auch für Aufwendungen für Fortbildungen



in einem bereits erlernten Beruf und für Umschulungsmaßnahmen zur Vorbereitung eines Berufswechsels oder für ein weiteres Studium nach Abschluss des Erststudiums. Voraussetzung für den Werbungskostenabzug (oder Betriebsausgabenabzug) ist, dass die Aufwendungen in einem konkreten, objektiv feststellbaren Zusammenhang mit späteren im Inland steuerpflichtigen Einnahmen aus der angestrebten beruflichen Tätigkeit stehen.

Praktika und Anerkennungsjahre sind Bestandteil der erstmaligen Berufsausbildung, soweit keine vorherige abgeschlossene Berufsausbildung vorangegangen ist. Kosten für ein nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder nach einem berufsqualifizierenden Studium aufgenommenes Praktikum können dagegen Werbungskosten sein.

Eine Promotion stellt keinen berufsqualifizierenden Abschluss eines Studienganges dar, da der Promotion in der Regel der Abschluss eines Studiums vorangeht. Entsprechende Aufwendungen können Werbungskosten oder Betriebsausgaben sein, sofern ein berufsbezogener Zusammenhang besteht. Dies gilt auch,

wenn die Promotion ausnahmsweise ohne vorherigen Studienabschluss durchgeführt wird.

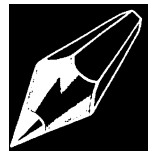
*Rechtsquelle: § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG
R 10.9 EStR*

1.6.7 Kinderbetreuungskosten

Aufgrund der Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind ab dem 1. Januar 2006 privat veranlasste Betreuungsaufwendungen in bestimmten Fällen als Sonderausgaben abzugsfähig.

Danach können zwei Drittel der Aufwendungen für Dienstleistungen zur Betreuung eines zum Haushalt des Steuerbürgers gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Abs.1 EStG, welches das dritte Lebensjahr vollendet, das sechste Lebensjahr aber noch nicht vollendet hat, ohne Vorliegen weiterer Voraussetzungen als Sonderausgaben berücksichtigt werden.

Zwei Drittel der Betreuungskosten für zum Haushalt gehörende Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder



die wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres³ eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, können als Sonderausgaben berücksichtigt werden, wenn sich der Steuerbürger

- in Ausbildung befindet,
- körperlich, geistig oder seelisch behindert oder
- krank ist. Die Krankheit muss innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von mindestens 3 Monaten bestanden haben, es sei denn, der Krankheitsfall tritt unmittelbar im Anschluss an eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung ein.

Bei zusammenlebenden Eltern ist ein Abzug der Kinderbetreuungskosten nur möglich, wenn bei beiden Elternteilen die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen oder ein Elternteil erwerbstätig ist und der andere Elternteil sich in Ausbildung befindet, körperlich, geistig oder seelisch behindert oder krank ist.

Kinderbetreuungskosten können in beiden vorgenannten Fällen bis zu 4.000.Euro je Kind als Sonderausgaben abgezogen werden. Ist das zu betreuende Kind nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, ist dieser Betrag zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat notwendig und angemessen ist.

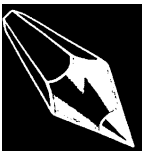
Hinsichtlich der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen und der Nachweiserfordernisse gilt das Gleiche wie bei erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten (vgl. 1.5.1.1)

*Rechtsquelle: § 10 Abs. 1 Nr. 5 und 8 EStG
(ab VZ 2009: § 9c EStG)*

1.6.8 Spenden

Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke (z. B. zur Förderung kirchlicher, religiöser und als besonders förderungswürdig anerkannter gemeinnütziger Zwecke) sind bis zur Höhe von 10 Prozent des

³ Die Absenkung der Altersgrenze wirkt sich erstmals für solche Kinder aus, die im Veranlagungszeitraum 2007 außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wenn dies auf eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung zurückzuführen ist, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres eintrat. Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 in der Zeit ab ihrem 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, werden bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen auch im Veranlagungszeitraum 2007 und darüber hinaus berücksichtigt. Dadurch bleiben bisher schon erfasste Kinder weiterhin berücksichtigungsfähig.



Gesamtbetrages der Einkünfte als Sonderausgaben abziehbar. Dabei kommen neben Geld- auch Sachspenden in Frage.

Dagegen sind Mitgliedsbeiträge an Vereine, deren Tätigkeit in erster Linie der Freizeitgestaltung ihrer Mitglieder dient, z. B. Sport-, Heimat- oder Gesangsvereine, steuerlich nicht begünstigt.

Darüber hinaus sind Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung bis zu 1 Million Euro begünstigt.

Für Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien sieht das Einkommensteuergesetz zunächst zwingend eine Steuerermäßigung nach § 34g EStG vor (sog. Tarifiermäßigung). Für geleistete Mitgliedsbeiträge und Spenden an eine politische Partei wird bis zur Höhe von 1.650 Euro, bei zusammen veranlagten Ehegatten bis zur Höhe von 3.300 Euro,

stets eine Tarifiermäßigung von 50 v. H. dieser Ausgaben gewährt. Von der geschuldeten Einkommensteuer werden also 825 Euro bzw. bei zusammen veranlagten Ehegatten max. 1.650 Euro abgezogen. Liegt die tatsächliche Steuerschuld unter dem Steuerermäßigungsbetrag, so verringert sich die Einkommensteuer auf null Euro.

Ein zusätzlicher Abzug der Spende als Sonderausgabe kommt nur für Spenden, die 1.650/3.300 Euro übersteigen und nur für den übersteigenden Betrag in Betracht. Dieser Sonderausgabenabzug ist ebenfalls auf 1.650 Euro, bei zusammen veranlagten Ehegatten auf 3.300 Euro begrenzt. Soweit über diese Beträge hinaus Spenden geleistet werden, wirken sie sich steuerlich nicht aus.

Alle Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke sind grundsätzlich durch eine Zuwendungsbestätigung (Spendenbescheinigung) nachzuweisen.

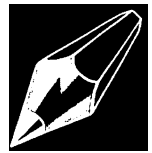
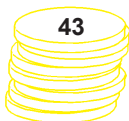
Beispiel: Herr Meier, ledig, hat im Jahr 2009 Spenden an politische Parteien von insgesamt 4.000 € geleistet:

Steuerermäßigung nach § 34g EStG:
50 % der Aufwendungen, max.

825 €

Sonderausgabenabzug für die verbleibende Spende:
(4.000 € - 1.650 € =) 2.350 €
davon sind max. abziehbar
(Höchstbetrag)

1.650 €



Bei Zuwendungen bis zu 200 Euro genügt dagegen als vereinfachter Nachweis der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung des Kreditinstituts (z. B. Kontoauszug), wenn der Zuwendungsempfänger:

- eine inländische juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine inländische öffentliche Dienststelle ist

oder

- eine als gemeinnützig anerkannte Körperschaft (Verein, Stiftung) ist, wenn deren steuerbegünstigter Zweck und die Angaben über deren Freistellung von der Körperschaftsteuer auf einem von ihr hergestellten Beleg aufgedruckt sind und darauf angegeben ist, ob es sich um eine Spende oder einen Mitgliedsbeitrag handelt

oder

- eine politische Partei im Sinne des § 2 Parteiengesetz ist und bei Spenden der Verwendungszweck auf dem von ihr hergestellten Beleg aufgedruckt ist.

Als Nachweis für die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an politische Parteien genügen Bareinzahlungsbelege, Buchungsbestätigungen oder Beitragsquittungen.

Für Spenden anlässlich eines Katastrophenfalles, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes auf ein speziell eingerichtetes Sonderkonto einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts, einer inländischen öffentlichen Dienststelle oder eines amtlich anerkannten Verbandes der freien Wohlfahrtspflege (z. B. Deutsches Rotes Kreuz e. V. oder Deutscher Caritasverband e. V.) eingezahlt wurden, gilt ohne betragsmäßige Beschränkung ebenfalls der vereinfachte Zuwendungsnachweis.

Rechtsquelle: §§ 10b, 34g EStG

§§ 48 - 50 EStDV

§§ 51 - 68 AO

1.6.9 Sonderausgaben-Pauschbetrag/ Vorsorgepauschale

Werden keine höheren Aufwendungen nachgewiesen, wird u. a. für die unter 1.6.3.1, 1.6.5, 1.6.6, 1.6.7 und 1.6.8 angeführten Sonderausgaben ein jährlicher Pauschbetrag von 36 Euro bzw. 72 Euro bei Ehegatten berücksichtigt.

Hat ein Steuerbürger Arbeitslohn bezogen, wird für die Altersvorsorge- und für die sonstigen Vorsorgeaufwendungen (siehe dazu





1.6.4.1 und 1.6.4.2) eine Vorsorgepauschale abgezogen, falls er keine höheren Aufwendungen nachweist.

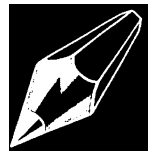
Betrag der Besteuerung zugrunde gelegt.

Rechtsquelle: § 10c EStG

Vereinfacht dargestellt, ist die Vorsorgepauschale bei rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern die Summe aus einem prozentualen Anteil des Arbeitnehmerbeitrages zur Rentenversicherung und einem Betrag i.H.v. 11 % des Arbeitslohns, der jedoch auf höchstens 1.500 Euro begrenzt ist. Der prozentuale Anteil des Arbeitnehmeranteils beträgt im Jahr 2005 20 v.H. und erhöht sich in den folgenden Jahren um jeweils 4 Prozentpunkte. Bei nicht rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern beträgt die Vorsorgepauschale unter bestimmten Voraussetzungen 11 % des Arbeitslohns, jedoch höchstens 1.500 Euro. Gleiches gilt für Altersrentner und Empfänger von Versorgungsbezügen.

Zur Vermeidung einer eventuellen Schlechterstellung wird auch hier in den Jahren 2005 bis 2019 durch das Finanzamt eine Günstigerprüfung zwischen der „neuen“ und der „bisherigen“ Vorsorgepauschale (ab 2011 mit abgeschmolzenen Höchstbeträgen) vorgenommen und der günstigere

1.7 Sonderregelungen für einzelne Einkunftsarten

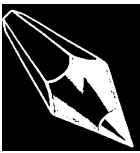


1.7.1 Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit

1.7.1.1 Lohnsteuer- Abzugsverfahren

Der Lohnsteuerabzug wird vom Arbeitgeber auf der Grundlage der Lohnsteuerkarte durchgeführt. Diese erhalten Sie von der Gemeinde, in der Sie am 20. September des Vorjahres mit Ihrer Wohnung, bei mehreren Wohnungen mit Ihrer Hauptwohnung gemeldet waren; bei Ehegatten ist die gemeinsame Hauptwohnung maßgeblich. Für Ledige und geschiedene Arbeitnehmer sowie für verheiratete Arbeitnehmer, deren Ehegatte im Ausland wohnt oder die von ihrem Ehegatten dauernd getrennt leben, gilt die Steuerklasse I. Für die vorgenannten Arbeitnehmer gilt die Steuerklasse II, wenn bei ihnen der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (vgl. 1.9) zu berücksichtigen ist. Für die Höhe der Lohnsteuer sind die Lohnsteuerklassen von besonderer Bedeutung. Werden bei Ehegatten die Einkünfte auch grundsätzlich gemeinsam besteuert, so kann beim Lohnsteuerabzug trotzdem nur der Arbeitslohn des einzelnen Arbeitnehmers zugrunde gelegt werden. Die Arbeitslöhne beider

Ehegatten können erst nach Ablauf des Jahres zusammengeführt werden. Erst dann ergibt sich die zutreffende Jahressteuer. Um diesem Ergebnis jedoch bereits im Lohnsteuer-Abzugsverfahren möglichst nahe zu kommen, stehen den Ehegatten zwei Steuerklassenkombinationen zur Auswahl. Die Steuerklassenkombination IV/IV geht davon aus, dass die Ehegatten ungefähr gleich viel verdienen. Die Steuerklassenkombination III/IV ist so gestaltet, dass die Summe der Jahressteuerabzugsbeträge für beide Ehegatten in etwa der gemeinsamen Jahressteuer entspricht, wenn der in der Steuerklasse III eingestufte Ehegatte 60 v. H., der in der Steuerklasse V eingestufte Ehegatte 40 v. H. des gemeinsam zu versteuernden Einkommens erzielt. Das hat zur Folge, dass der Steuerabzug bei der Steuerklasse V verhältnismäßig höher ist als bei den Steuerklassen III und IV. Zur einfachen Steuerklassenwahl liegen Ihrer Wohnsitzgemeinde bzw. im für Sie zuständigen Finanzamt entsprechende Merkblätter vor. Einen Steuerklassenwechsel im Laufe des Jahres können Sie bei Ihrer Gemeinde einmal, und zwar bis spätestens bis zum 30. November des jeweiligen Jahres, beantragen.



Für den Lohnsteuerabzug 2010 können Ehegatten erstmals auch anstelle der Steuerklassenkombination III/V auf der Lohnsteuerkarte durch das Finanzamt jeweils die Steuerklasse IV in Verbindung mit einem Faktor zur Ermittlung der Lohnsteuer eintragen lassen. Mit dem Faktorverfahren wird erreicht, dass bei dem jeweiligen Ehegatten mindestens die ihm persönlich zustehenden steuerentlastend wirkenden Vorschriften beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt werden (Grundfreibetrag, Vorsorgepauschale, Sonderausgaben-Pauschbetrag).

Im Lohnsteuer-Abzugsverfahren kann die Lohnsteuer durch die Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte ermäßigt werden. Ein Antrag auf Eintragung eines Freibetrags kann wegen erhöhter Werbungskosten, erhöhter Sonderausgaben oder außergewöhnlicher Belastungen beim zuständigen Finanzamt gestellt werden, wenn die beantragten Aufwendungen bzw. die absehbaren Beträge insgesamt eine Antragsgrenze von 600 Euro überschreiten. Für die Feststellung, ob die Antragsgrenze überschritten wird, dürfen Werbungskosten nicht in voller Höhe, sondern nur mit dem Betrag

angesetzt werden, der den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 Euro übersteigt. Dies gilt nicht für erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten. Außerdem können Pauschbeträge für behinderte Menschen und Hinterbliebene oder Freibeträge für haushaltsnahe Beschäftigungen bzw. Dienstleistungen oder Handwerkerleistungen, zur Förderung des Wohneigentums oder wegen negativer Einkünfte aus anderen Einkunftsarten eingetragen werden, wofür jedoch nicht die vorgenannte Antragsgrenze gilt.

Bei steuerfreien Einnahmen, z. B. Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz, oder bei Einnahmen, die durch den Arbeitgeber pauschal versteuert werden, wird keine Lohnsteuer im Lohnsteuer-Abzugsverfahren einbehalten.

Versorgungsbezüge, die vom früheren Arbeitgeber gezahlt werden, bleiben unter bestimmten Voraussetzungen teilweise steuerfrei (Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag).

1.7.1.2 Steuerliche Behandlung Behandlung der geringfügigen Beschäftigung

Der Arbeitslohn aus einer gering-

fügigen Beschäftigung von bis zu 400 Euro monatlich (Mini-Job bzw. haushaltsnahe Mini-Job) unterliegt ausnahmslos dem Lohnsteuerabzug, entweder pauschal oder nach den Merkmalen der Lohnsteuerkarte.

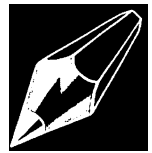
Bei der Pauschalversteuerung muss dem Arbeitgeber keine Lohnsteuerkarte vorgelegt werden. Wegen der abgeltenden Wirkung bleibt der Arbeitslohn aus der geringfügigen Beschäftigung bei der Einkommensteueranlagung außer Ansatz. Wird von der Pauschalversteuerung kein Gebrauch gemacht, muss sich der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer eine Lohnsteuerkarte vorlegen lassen und die einzubehaltenden Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und etwaige Kirchensteuer) anhand der hierauf eingetragenen Merkmale ermitteln.

Weitere Informationen zur steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von geringfügigen Beschäftigungen sind in der von der Minijob-Zentrale in 45115 Essen herausgegebenen Broschüre „Minijobs - Informationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ sowie im Internet unter: <http://www.Minijob-Zentrale.de> zu finden.

1.7.2 Einkünfte aus Kapitalvermögen - Abgeltungssteuer

Ab dem Jahr 2009 wurde die Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen mit dem Inkrafttreten der Abgeltungssteuer neu geregelt. Die für Kapitalerträge im Privatvermögen anfallende Einkommensteuer soll durch einen Steuerabzug an der Quelle der Erträge grundsätzlich abgegolten werden; eine Angabe in der Steuererklärung soll dadurch entfallen.

Kapitalerträge sind jedoch für die Prüfung bestimmter Einkommengrenzen weiterhin von Bedeutung, wenn diese auf die steuerlichen Begriffe abstellen, so dass unter Umständen dennoch eine Erklärung der Erträge erfolgen muss. Dies betrifft z.B. die Einkunftsgrenze für die Gewährung des Kindergeldes bzw. der Freibeträge für Kinder (eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes; vgl. 1.10.2.4) und die Höhe der Einkünfte und Bezüge bei der Prüfung des Abzugs von außergewöhnlichen Belastungen (vgl. 1.12.3, 1.12.4.1 und 1.12.4.2), aber auch außersteuerliche Vorschriften, die auf steuerliche Begriffe zurück greifen.





Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören unter anderem auch

- Gewinnanteile (Dividenden) aus Aktien, GmbH-Anteilen, Anteilen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;
- Einnahmen aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter;
- Erträge aus bestimmten Versicherungen auf den Lebens- oder Todesfall;
- Erträge aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, zum Beispiel aus Einlagen und Guthaben bei Kreditinstituten, aus Darlehen und Anleihen (Wertpapiere);
- Einnahmen aus Optionsgeschäften;
- Gewinne aus Termingeschäften und aus Veräußerungsgeschäften (z.B. von Aktien, Investmentfondsanteilen, Zertifikaten und anderen Wertpapieren, aber auch Lebensversicherungen) unabhängig von einer Haltefrist.

Das Halbeinkünfteverfahren gilt im Privatvermögen nicht mehr, d.h. Gewinnanteile (Dividenden, Ausschüttungen) aus Anteilen an Kapitalgesellschaften und der Gewinn aus der Veräußerung der Anteile unterliegen in voller Höhe der Abgeltungssteuer. Kapitalerträge sind grundsätzlich

auch einkommensteuerpflichtig, wenn sie im Ausland erzielt werden.

1.7.2.1 Sparer-Pauschbetrag, Berücksichtigung von Verlusten

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist ein Betrag von 801 Euro abzuziehen (Sparer-Pauschbetrag). Dieser ersetzt den bisherigen Sparer-Freibetrag (750 Euro) und die Werbungskostenpauschale (51 Euro). Mit diesem Abzug sind alle Kosten im Zusammenhang mit den Kapitalerträgen abgegolten. Ein Abzug von höheren tatsächlichen Werbungskosten ist ab 2009 nicht mehr möglich.

Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, wird ein gemeinsamer Sparer-Pauschbetrag von 1.602 Euro gewährt. Der gemeinsame Sparer-Pauschbetrag ist bei der Einkunftsermittlung bei jedem Ehegatten je zur Hälfte abzuziehen. Sind die Kapitalerträge eines Ehegatten niedriger als 801 Euro, so kann der nicht ausgeschöpfte Betrag auf den anderen Ehegatten übertragen werden. Der Abzug des Sparer-Pauschbetrags (oder des gemeinsamen Sparer-Pauschbetrags) darf nicht höher ausfallen als die Kapitalerträge.

Beispiele

	Ehemann	Ehefrau
	Euro	
1. Einnahmen aus Kapitalvermögen	2.500	2.000
- gemeinsamer Sparer-Freibetrag	- 801	- 801
Einkünfte aus Kapitalvermögen	1.699	1.199
2. Einnahmen aus Kapitalvermögen	1.000	500
- gemeinsamer Sparer-Freibetrag	- 1.000	- 500
Einkünfte aus Kapitalvermögen	0	0

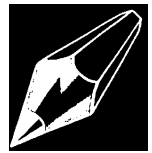
Da die Ehefrau die ihr zustehende Hälfte des gemeinsamen Sparer-Pauschbetrags nicht ausschöpfen kann, ist der Restbetrag (301 Euro = 801 Euro – 500 Euro) auf den Ehemann zu übertragen, so dass bei diesem insgesamt (801 Euro + 301 Euro =) 1.102 Euro berücksichtigt werden könnten. Der Abzug ist jedoch begrenzt auf die Höhe der Erträge (1.000 Euro).

Negative Kapitalerträge (z.B. gezahlte Stückzinsen beim Kauf von festverzinslichen Wertpapieren, Veräußerungsverluste) können nur mit positiven Kapitalerträgen ausgeglichen werden. Eine Verrechnung mit anderen positiven Einkünften (als Arbeitnehmer oder aus einem Gewerbebetrieb) ist nicht (mehr) möglich. Für Verluste aus Aktiengeschäften ist die Verrechnung noch weiter auf den Ausgleich nur

mit künftigen Gewinnen aus solchen Geschäften eingeschränkt, d.h. ein Veräußerungsverlust aus Aktien kann nicht mit Zinseinnahmen verrechnet werden.

Die Verlustverrechnung wird vor Abzug des Sparer-Pauschbetrags vorgenommen.

Rechtsquelle: § 20 EStG
R 20 EStR





1.7.2.2 Steuerabzug, Tarif, Günstigerprüfung

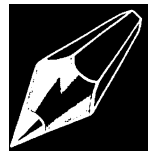
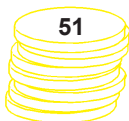
Die genannten Kapitalerträge unterliegen einem Steuerabzug, der – wie bisher – von den Banken bzw. ausschüttenden Kapitalgesellschaften vorgenommen wird und nun einheitlich 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag beträgt. Kapitalerträge sind auch weiterhin kirchensteuerpflichtig. Die Kirchensteuer kann bereits im Abzugsverfahren einbehalten werden, wenn der Steuerbürger seine Bank damit beauftragt, so dass sich der Steuerabzug noch entsprechend erhöhen würde. Dabei wird die Kirchensteuer selbst jedoch – wie im normalen Veranlagungsverfahren (vgl. 1.6.5) – steuermindernd berücksichtigt. Im Rahmen des Steuerabzugs wird – wie bisher der Sparer-Freibetrag – auch der Sparer-Pauschbetrag bereits berücksichtigt, wenn dies vom Steuerbürger mit einem entsprechenden Freistellungsauftrag gegenüber der Bank beantragt wurde. Die Banken führen ebenfalls eine Verlustverrechnung bei den Kapitalerträgen durch und schreiben diese über den Jahreswechsel auch fort, es sei denn der Steuerbürger verlangt bis zum 15.12. eines Jahres die Ausstellung

einer Bescheinigung über die am Jahresende noch nicht verrechneten Verluste (Verlustbescheinigung). In diesem Fall wird der sog. „Verlustverrechnungstopf“ bei der Bank auf 0,- gestellt; die Verluste können nur noch im Rahmen der Steuererklärung zum Ausgleich anderweitiger positiver Kapitalerträge eingesetzt werden.

Der Steuerabzug ist zwar als Abgeltung der Einkommensteuer vorgesehen, d.h. eine Angabe in der Steuererklärung soll dadurch entbehrlich sein, dennoch kann eine Verpflichtung zur Angabe der Erträge in der Steuererklärung bestehen, z.B. wenn

- dies zur Prüfung von Einkommensgrenzen erforderlich ist;
- der Steuerbürger kirchensteuerpflichtig ist und seine Bank nicht beauftragt hat, die Kirchensteuer im Abzugswege einzubehalten und abzuführen;
- von Kapitalerträgen kein Steuerabzug vorgenommen wurde (z.B. bei Kapitalerträgen im Ausland, die im Inland steuerpflichtig sind).

Auch in diesen Fällen kommt der Abgeltungssteuertarif im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer zur Anwendung.



1.7.3 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Bei der Veräußerung oder Aufgabe eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs wie auch bei Veräußerung/Entnahme von Grundstücken zur Abfindung weicher Erben und zur Tilgung bestimmter Betriebsschulden gibt es einkommensteuerrechtliche Sonderregelungen.

Rechtsquelle: §§ 14, 14a EStG

Darüber hinaus kann der Steuerbürger einzelne Kapitalerträge auch zur Überprüfung des Steuerabzugs erklären. Ebenso können Kapitalerträge erklärt werden, um einen noch nicht ausgeschöpften Sparer-Pauschbetrag noch abzuziehen oder eine Verrechnung von positiven Erträgen mit in einer Verlustbescheinigung ausgewiesenen Verlusten zu erreichen (z.B. wenn Konten/Depots bei unterschiedlichen Banken bestehen).

Schließlich hat der Steuerbürger auch die Möglichkeit, seine Kapitalerträge der normalen tariflichen Einkommensbesteuerung zu unterwerfen, wenn dies für ihn günstiger als die Anwendung des Abgeltungssteuersatzes ist. Für diese Günstigerprüfung sind sämtliche Kapitalerträge zu erklären. Die Banken sind verpflichtet, auf Verlangen der Bürger entsprechende Steuerbescheinigungen auszustellen.

Rechtsquelle: §§ 32d, 43 – 45d EStG





1.8 Altersentlastungsbetrag

Ein Altersentlastungsbetrag kommt bei Steuerbürgern zum Ansatz, die vor Beginn des Kalenderjahres, in dem das Einkommen bezogen wurde, das 64. Lebensjahr vollendet haben. Er mindert die Summe der Einkünfte.

Er ermittelt sich nach einem Prozentsatz aus der Summe des Arbeitslohns und der positiven Summe der Einkünfte. Einkünfte aus Versorgungsbezügen und aus Leibrenten sind nicht zu berücksichtigen.

Bis einschließlich 2004 betrug

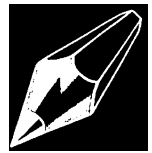
der Altersentlastungsbetrag 40%, höchstens 1.900 Euro. Der Altersentlastungsbetrag wird im Zuge der Angleichung der Renten- an die Pensionsbesteuerung schrittweise bis zum Jahr 2040 auf null reduziert. Der Vom-Hundert-Satz und der Höchstbetrag stehen zeitlebens fest, wobei auf das dem Jahr der Vollendung des 64. Lebensjahres folgende Kalenderjahr abgestellt wird.

Die Werte können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Rechtsquelle: § 24a EStG R 24a EStR

Das auf die Vollendung des 64. Lebensjahres folgende Kalenderjahr	Altersentlastungsbetrag		Das auf die Vollendung des 64. Lebensjahres folgende Kalenderjahr	Altersentlastungsbetrag	
	in v.H. der Einkünfte	Höchstbetrag		in v.H. der Einkünfte	Höchstbetrag
2005	40,0	1 900	2023	13,6	646
2006	38,4	1 824	2024	12,8	608
2007	36,8	1 748	2025	12,0	570
2008	35,2	1 672	2026	11,2	532
2009	33,6	1 596	2027	10,4	494
2010	32,0	1 520	2028	9,6	456
2011	30,4	1 444	2029	8,8	418
2012	28,8	1 368	2030	8,0	380
2013	27,2	1 292	2031	7,2	342
2014	25,6	1 216	2032	6,4	304
2015	24,0	1 140	2033	5,6	266
2016	22,4	1 064	2034	4,8	228
2017	20,8	988	2035	4,0	190
2018	19,2	912	2036	3,2	152
2019	17,6	836	2037	2,4	114
2020	16,0	760	2038	1,6	76
2021	15,2	722	2039	0,8	38
2022	14,4	684	2040	0,0	0

1.9 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende



1.9.1 Anspruchs-voraussetzungen

Alleinerziehende können einen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende geltend machen, der bei der Veranlagung zur Einkommensteuer von der Summe der Einkünfte abgezogen wird. Der Entlastungsbetrag wird Steuerbürgern gewährt, die „allein stehend“ sind, d. h. Elternteilen,

- die nicht verheiratet (ledig, geschieden) sind,
- die von ihrem Ehegatten dauernd getrennt leben,
- die verwitwet sind oder
- deren Ehegatte im Ausland lebt und nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist und
- die keine Haushaltsgemeinschaft mit einer anderen volljährigen Person bilden.

Weitere Voraussetzung ist, dass zum Haushalt des Alleinerziehenden mindestens ein Kind gehört, für das ihm Kindergeld oder ein Freibetrag für Kinder zusteht (leibliches Kind, Adoptiv-, Pflege-, Stief- oder Enkelkind). Eine Haushaltszugehörigkeit (räumliches Zusammenleben bei gemeinsamer Versorgung) des Kindes ist anzunehmen, wenn das Kind mit Haupt- oder Neben-

wohnsitz in der Wohnung des Alleinstehenden gemeldet ist. Bei vorübergehender auswärtiger Unterbringung des Kindes zu Ausbildungszwecken reicht grundsätzlich eine Meldung mit Nebenwohnsitz aus. Für die Frage, zu wessen Haushalt ein Kind gehört (z. B. Meldung des Kindes bei mehreren Steuerpflichtigen), sind allein die tatsächlichen Verhältnisse maßgebend. Im Regelfall steht der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende demjenigen zu, der das Kindergeld erhält.

Liegt eine Haushaltsgemeinschaft („Wirtschaften aus einem Topf“) mit einer anderen volljährigen Person vor, ist eine steuerliche Entlastung nicht möglich. Dies gilt insbesondere für Ehegatten, eheähnliche Gemeinschaften und eingetragene Lebenspartnerschaften.

Unschädlich ist jedoch die Haushaltsgemeinschaft mit einem volljährigen Kind,

- für das Anspruch auf einen Freibetrag für Kinder oder Kindergeld besteht (z. B. ein Kind in Berufsausbildung),
- das den gesetzlichen Grundwehrdienst oder den Zivildienst leistet,
- das sich anstelle des gesetz-





lichen Grundwehrdienstes freiwillig für die Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehrdienst verpflichtet hat oder

- das eine Tätigkeit als Entwicklungshelfer ausübt.

Eine Haushaltsgemeinschaft besteht nicht, wenn in der Wohnung des Alleinerziehenden eine volljährige Person lebt, die sich tatsächlich und finanziell nicht an der Haushaltsführung beteiligt. Die Fähigkeit, sich tatsächlich an der Haushaltsführung zu beteiligen, fehlt grundsätzlich bei Personen, die pflegebedürftig (Pflegestufe I, II oder III) oder blind sind. Dem Finanzamt müssen in diesen Fällen entsprechende Nachweise vorgelegt werden (z. B. Behindertenausweis, Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes, Bescheid über die Einstufung in die Pflegeklasse I, II oder III nach SGB XI).

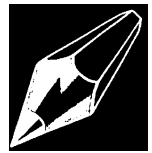
1.9.2 Höhe

Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende beträgt - unabhängig von der Kinderzahl - 1.308 Euro pro Jahr. Er wird nur einmal gewährt. Eine Übertragung des Entlastungsbetrages, z.B. von einem Elternteil auf den anderen, ist nicht möglich.

Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen nicht vorliegen, wird der Entlastungsbetrag um ein Zwölftel gekürzt. Eine Ausnahme besteht jedoch im Jahr der Heirat oder einer Trennung von Ehegatten. Hier entfällt der Anspruch für das gesamte Kalenderjahr.

1.9.3 Berücksichtigung im Lohnsteuer-Abzugsverfahren

Bei Arbeitnehmern wird der Entlastungsbetrag im Lohnsteuer-Abzugsverfahren in der Lohnsteuerklasse II berücksichtigt. Eine Ausnahme gilt für den Fall, dass ein verwitweter Alleinerziehender mit Steuerklasse III die Voraussetzungen für den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende erfüllt. Dann wird der Entlastungsbetrag auf Antrag vom Finanzamt als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen. Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung des Entlastungsbetrages erfüllt sind, auf der Lohnsteuerkarte aber die Steuerklasse I eingetragen ist, kann der Steuerbürger die Eintragung der Steuerklasse II bei der Gemeinde (wenn ein minderjähriges Kind zum Haushalt gehört) oder beim



Finanzamt (bei volljährigen Kindern) beantragen. Entsprechende Vordrucke sind bei der Gemeinde oder dem Finanzamt erhältlich. Entfallen die Voraussetzungen im Laufe des Kalenderjahres, muss die Eintragung auf der Lohnsteuerkarte umgehend korrigiert werden.

Rechtsquelle: §§ 24b, 38b, 39 Abs. 4, 52 Abs. 51 EStG



1.10 Kindergeld - Freibeträge für Kinder -

1.10.1 Kindergeld oder Freibeträge?

Bei der Einkommensbesteuerung muss vom Einkommen der Eltern ein Betrag in Höhe des Existenzminimums für jedes steuerlich zu berücksichtigende Kind steuerfrei bleiben. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umfasst das Existenzminimum eines Kindes nicht nur den sächlichen Bedarf (zum Beispiel Ernährung, Unterkunft, Bekleidung), sondern auch den Betreuungs- und Erziehungsbedarf. Die Steuerfreistellung sowohl des sächlichen Existenzminimums als auch des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs erfolgt entweder durch das Kindergeld oder die steuerlichen Freibeträge (Kinderfreibetrag, Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf).

1.10.1.1 Laufendes Kalenderjahr

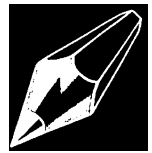
Im laufenden Kalenderjahr erfolgt die Steuerfreistellung ausschließlich über das als monatliche Steuervergütung gezahlte Kindergeld. Eine Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen und Betreuungs- freibeträgen im Rahmen des Lohnsteuerabzugs oder im Rah-

men der Einkommensteuer-Vorauszahlungen ist nicht möglich. Die Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte ist jedoch möglich, wenn an ein Kind, für das kein Anspruch auf Kindergeld besteht, Unterhaltszahlungen nach § 33a Abs.1 EStG geleistet werden.

Für Zwecke des Solidaritätszuschlags und der Kirchensteuer muss allerdings die Kinderzahl nach wie vor auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden.

1.10.1.2 Abgelaufenes Kalenderjahr

Nach Ablauf des Kalenderjahrs prüft das Finanzamt im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung von Amts wegen, ob das Kindergeld im Einzelfall ausreicht, die erforderliche Steuerfreistellung in vollem Umfang zu bewirken. Ist dies nicht der Fall - nämlich dann, wenn die durch die Freibeträge für Kinder sich ergebende Steuerminderung höher ist als der Anspruch auf Kindergeld - werden bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens die Freibeträge für Kinder abgezogen. Ist die sich daraus ergebende Steuerminderung geringer als der Anspruch auf Kindergeld, so bleibt es bei dem für die Eltern günsti-



geren Kindergeld. In die Vergleichsrechnung einbezogen werden also sowohl der Kinderfreibetrag als auch der Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf. Das bedeutet, dass es nur zu einem Abzug dieser beiden Freibeträge kommt, wenn ihre (zusammengefasste) steuerliche Wirkung höher als der Anspruch auf Kindergeld ist.

1.10.1.3 Verrechnung mit Kindergeld

Sind im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung Freibeträge für Kinder abgezogen worden, so ist die Steuerminderung mit dem Anspruch auf Kindergeld zu verrechnen. Zu diesem Zweck wird der Anspruch auf Kindergeld der Einkommensteuer hinzugerechnet. Im Ergebnis erhält der Steuerbürger somit noch den Differenzbetrag zwischen dem Anspruch auf Kindergeld und der steuerlichen Auswirkung der abgezogenen Freibeträge. Bei Eltern, die nicht zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, erfolgt die Hinzurechnung des Kindergeldanspruchs im gleichen Umfang, in dem der Kinderfreibetrag angesetzt wurde.

Rechtsquelle: § 31 EStG

1.10.2. Berücksichtigungsfähige Kinder

Berücksichtigungsfähig sind:

- leibliche Kinder und Adoptivkinder sowie
- Pflegekinder

Ein Pflegekind hat nur, wer wie die leiblichen Eltern einem Kind in seinem Haushalt ein Zuhause gewährt. Dazu gehört, dass es von seinen Pflegeeltern auf Dauer wie ein leibliches Kind betreut wird und dass die Pflegeeltern einen nicht unwesentlichen Teil zum Unterhalt des Kindes beitragen. Weitere Voraussetzung für die Anerkennung eines Pflegekindschaftsverhältnisses ist, dass das Kind aus dem natürlichen Obhuts- und Pflegeverhältnis zu seinen leiblichen Eltern ausgeschieden ist. Ein Kind, das wegen des Erwerbs im Haushalt aufgenommen wird und das bei Wegfall von Unterhaltszahlungen nicht mehr betreut würde (Kostkind), ist kein Pflegekind.

Besteht bei einem adoptierten Kind das Kindschaftsverhältnis zu den leiblichen Eltern weiter, so ist das Kind nur als Adoptivkind zu berücksichtigen. Ist ein leibliches Kind oder ein Adoptivkind zugleich ein Pflegekind, so ist das



Kind nur als Pflegekind zu berücksichtigen.

Die Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Kindern für die Gewährung des Kindergeldes bzw. der Freibeträge für Kinder sind für bestimmte Altersgruppen unterschiedlich geregelt.

1.10.2.1 Kinder bis 18 Jahre

Kindergeld bzw. Freibeträge für Kinder stehen - ohne weitere Voraussetzung - in vollem Umfang ab dem Kalendermonat zu, in dem das Kind geboren wurde, und in jedem folgenden Kalendermonat, zu dessen Beginn es das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

1.10.2.2 Kinder von 18 bis 21 Jahren

Kinder dieser Altersgruppe werden auch dann berücksichtigt, wenn sie arbeitslos sind und der Arbeitsvermittlung im Inland zur Verfügung stehen.

Hat das Kind den gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst geleistet oder sich an Stelle des gesetzlichen Grundwehrdienstes freiwillig für die Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehr-

dienst verpflichtet oder eine vom gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst befreiende Tätigkeit als Entwicklungshelfer ausgeübt, so verlängert sich der Berücksichtigungszeitraum über das 21. Lebensjahr hinaus für einen der Dauer des Dienstes oder der Tätigkeit entsprechenden Zeitraum, höchstens für die Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienstes. Bei anerkannten Kriegsdienstverweigerern verlängert sich der Zeitraum um die Dauer des inländischen gesetzlichen Zivildienstes. Wurde der gesetzliche Grundwehr- oder Zivildienst in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in Island, Liechtenstein oder Norwegen geleistet, so ist die Dauer dieses Dienstes maßgebend.

Bei eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes kann die Berücksichtigung ausgeschlossen sein.

1.10.2.3 Kinder von 18 bis 25 Jahren

Hat das Kind das 18. aber noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet, so wird es berücksichtigt, wenn es

• für einen Beruf ausgebildet wird

Dazu gehören die Schulausbildung, der Besuch von Fach- und Hochschulen, weiterführende Ausbildungen (z. B. Meisterschule) oder die Ausbildung für einen weiteren Beruf. Zur Berufsausbildung gehört auch die Zeit eines Praktikums, sofern dadurch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen vermittelt werden, die als Grundlagen für die Ausübung des angestrebten Berufs geeignet sind und es sich nicht lediglich um ein gering bezahltes Arbeitsverhältnis handelt. Auch Sprachaufenthalte im Ausland können als Berufsausbildung anerkannt werden, wenn der Erwerb der Fremdsprachenkenntnisse nicht dem Kind allein überlassen bleibt, sondern Ausbildungsinhalt und Ausbildungsziel von einer fachlich autorisierten Stelle vorgegeben werden. Bei Au-pair-Verhältnissen setzt die Anerkennung voraus, dass der Aufenthalt von einem theoretisch-systematischen Sprachunterricht begleitet wird, der wöchentlich mindestens zehn Unterrichtsstunden umfasst. Wird die Ausbildung wegen Erkrankung oder Mutterschaft vorübergehend unterbrochen, wird das Kindergeld grundsätzlich weitergezahlt, nicht jedoch während

des Bezuges von Erziehungsgeld bzw. während der Elternzeit.

Auch für Kinder in Berufsausbildung verlängert sich die Altersgrenze von 25 Jahren, wenn sie

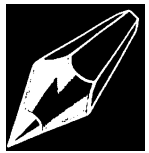
- den gesetzlichen Grundwehrdienst bzw. Zivildienst geleistet haben,
- sich freiwillig für nicht mehr als drei Jahre zum Wehrdienst verpflichtet haben oder
- eine vom Grundwehr- bzw. Zivildienst befreiende Tätigkeit als Entwicklungshelfer ausgeübt haben,

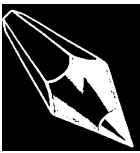
und zwar für die Dauer des geleisteten Dienstes, längstens für die Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienstes. Für die Zeit der Ableistung der genannten Dienste selbst besteht kein Anspruch auf Kindergeld.

oder

• sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten befindet

zwischen zwei Ausbildungsabschnitten oder zwischen einem Ausbildungsabschnitt und der Ableistung des gesetzlichen Wehr- oder Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres





oder dem Europäischen Freiwilligendienst für junge Menschen bzw. einer Tätigkeit als Entwicklungshelfer.

Eine Begünstigung scheidet jedoch aus, wenn das Kind in dieser Übergangszeit einer Vollzeit-erwerbstätigkeit nachgeht.

Wie bei sich in Ausbildung befindlichen Kindern wird auch hier das Kindergeld über das 25. Lebensjahr hinaus weitergezahlt, wenn das Kind vor Vollendung des 25. Lebensjahres den gesetzlichen Grundwehrdienst, Zivildienst oder einen entsprechenden Dienst abgeleistet hat.

oder

- **eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen kann**

Ausbildungsplätze sind neben betrieblichen und überbetrieblichen auch solche an Fach- und Hochschulen. Die Berücksichtigung eines Kindes ohne Ausbildungsplatz setzt voraus, dass trotz ernsthafter Bemühungen die Suche nach einem Ausbildungsplatz zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolglos verlaufen ist und dies anhand geeigneter Unterlagen (Bewerbungsschreiben, Zwi-

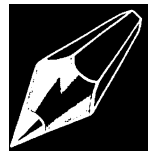
schennachricht, Ablehnung, Bestätigung der Berufsberatung der Agentur für Arbeit) nachgewiesen werden kann.

oder

- **ein freiwilliges soziales Jahr oder ein freiwilliges ökologisches Jahr ableisten oder am Aktionsprogramm „Jugend“ der EU oder einem Auslandsdienst nach dem Zivildienstgesetz teilnehmen**

Die beiden erstgenannten Dienste können ebenfalls im europäischen Ausland abgeleistet werden, wenn der Träger seinen Hauptsitz in Deutschland hat.

Ein Kind wird in der Zeit nicht berücksichtigt, in der es den gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst oder einen davon befreienden Dienst leistet und die Berufsausbildung durch die Aufnahme des Dienstes oder der Tätigkeit unterbrochen worden ist. Stattdessen sind bei arbeitslosen Kindern, Kindern in Berufsausbildung sowie Kindern in der Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten von höchstens vier Monaten Dauer die o.a. Verlängerungstatbestände eingeführt worden.



Bei eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes kann die Berücksichtigung ausgeschlossen sein.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 vom 19. Juli 2006 (BGBl Teil I S. 1652) wurde die Altersgrenze ab dem 1. Januar 2007 von 27 auf 25 Jahre herabgesetzt. Es gilt jedoch eine Übergangsregelung. Kinder, die im Veranlagungszeitraum 2006 bereits das 24. bzw. das 25./26. Lebensjahr vollendet haben, werden noch bis zur Vollendung des 26. bzw. 27. Lebensjahres für den Anspruch auf Kindergeld/kindbedingte Steuerfreibeträge berücksichtigt. Dies hat entsprechende Auswirkung auf die Verlängerungszeiten nach § 32 Abs. 5 Satz 1 EStG bei Ableistung von Wehr- oder Zivildienst.

1.10.2.4 Einkünfte und Bezüge des Kindes

Weitere Voraussetzung für die Berücksichtigung eines Kindes, das bereits das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist, dass die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes, die zur Bestreitung seines Unterhalts oder seiner Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, 7.680 Euro im Kalenderjahr nicht überschreiten. Bei der Prüfung, ob der Jahres-

grenzbetrag überschritten ist, sind im jeweiligen Jahr geleistete Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, Beiträge zu einer freiwilligen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie unvermeidbare Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung nach Ermittlung der Einkünfte und Bezüge des Kindes abzuziehen.

Für Kinder, die ihren Wohnsitz außerhalb der Europäischen Union haben, kann sich dieser Betrag um 1/4, 1/2 oder 3/4 je nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat des Kindes vermindern.

Zu den **Einkünften** gehören in erster Linie die steuerpflichtigen Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie aus Renten, vermindert um die Beträge, die als Werbungskosten abziehbar sind. Bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit ist der nach Abzug der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen verbleibende Gewinn maßgeblich. Zu den Einkünften zählen insbesondere:

- **Ausbildungsvergütungen und Einkünfte aus einer neben der Ausbildung, während einer**



- Übergangszeit oder in den Schul- bzw. Semesterferien ausgeübten Erwerbstätigkeit einschließlich einmaliger Zuwendungen; bei Arbeitnehmern ist der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 Euro abzuziehen, soweit nicht höhere Werbungskosten geltend gemacht werden,
- Einnahmen aus Kapitalvermögen nach Abzug des Sparer-Pauschbetrags von 801 Euro bzw. 1.602 Euro bei Verheirateten, auch wenn sie der Abgeltungssteuer unterlegen haben (vgl. 1.7.2)
 - vom Träger gewährte Sachbezüge und Taschengeld während eines freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahres oder der Teilnahme am Aktionsprogramm „Jugend“ der EU abzüglich des Arbeitnehmer-Pauschbetrages von 920 Euro
 - Hinterbliebenenbezüge nach beamtenrechtlichen Vorschriften abzüglich der Freibeträge für Versorgungsbezüge (Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag⁴) und des Werbungskosten-

Pauschbetrags von 102 Euro bzw. höherer tatsächlicher Werbungskosten (der in Anspruch genommene Versorgungsfreibetrag wird jedoch als Bezug angerechnet),

- Hinterbliebenen- und Erwerbsunfähigkeitsrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit ihrem - vom Jahr des Rentenbeginns abhängigen - Besteuerungsanteil (z. B. bei Rentenbeginn bis 2005: 50 %, in 2006: 52 %) abzüglich des Werbungskosten-Pauschbetrags von 102 Euro bzw. höherer tatsächlicher Werbungskosten,
- Unterhaltsleistungen des geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten des Kindes, soweit diese als sonstige Einkünfte i.S.d. § 22 Nr.1a EStG erfasst werden.

Zu den **Bezügen** zählen alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert, die nicht im Rahmen der einkommensteuerrechtlichen Einkunftsermittlung erfasst werden. Zu den Bezügen gehören insbesondere:

- Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Krankengeld, Sozialgeld,

⁴ Die Höhe des Versorgungsfreibetrags bzw. des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag richtet sich ab 2005 nach dem Beginn des Versorgungsbezugs. Bei Versorgungsbeginn bis 2005 beträgt der Versorgungsfreibetrag z. B. 40 % der Versorgungsbezüge, höchstens 3.000 Euro bzw. der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag 900 Euro. Bei einem späteren Versorgungsbeginn erfolgt eine schrittweise Absenkung der Freibeträge für Versorgungsbezüge.



Mutterschaftsgeld (für die Zeit bis zur Entbindung; im Zeitraum nach der Entbindung nur, soweit es nicht auf das Erziehungsgeld angerechnet wurde),

- Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung,
- der über den Besteuerungsanteil hinausgehende Rentenbetrag aus einer gesetzlichen Rentenversicherung,
- die im Rahmen der Einkunftsermittlung bis zur Höhe des Versorgungsfreibetrags steuerfrei bleibenden Einnahmen,
- pauschal versteuerter Arbeitslohn,
- die steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit,
- Sachbezüge und Taschengeld im Rahmen von Au-pair-Verhältnissen im Ausland,
- Ausbildungshilfen (z. B. nach dem BAföG, soweit dieses als Zuschuss gezahlt wird),
- ausgezahlte Arbeitnehmer-Sparzulage und ausgezahlte Wohnungsbauprämie.
- Elterngeld, soweit der Mindestbetrag von 300 bzw. 150 Euro überschritten wird.

Von der Summe der Bezüge ist - wenn keine höheren tatsächlichen Aufwendungen, die in unmittelbaren Zusammenhang mit den Be-

zügen stehen, entstanden sind - eine Kostenpauschale von 180 Euro pro Kalenderjahr abzuziehen.

Nicht zu den Bezügen zählen vor allem:

- Unterhaltsleistungen der Eltern,
- Erziehungsgeld,
- Leistungen der Pflegeversicherung,
- Leistungen, die wegen eines individuellen Sonderbedarfs (z. B. für besondere Ausbildungszwecke oder wegen einer Behinderung) gewährt werden.

Erhält das Kind einen Teil seiner Einkünfte oder Bezüge in Form von Sachbezügen (z. B. Kost und Logis), sind diese nach der Sachbezugsverordnung zu bewerten.

Von den ermittelten Einkünften und Bezügen können vor der Prüfung der Einkunftsgrenze noch sog. besondere Ausbildungskosten abgezogen werden, soweit sie nicht bereits bei der Ermittlung der Einkünfte und Bezüge berücksichtigt worden sind. Besondere Ausbildungskosten sind beispielsweise Fahrtkosten zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte, Aufwendungen für Bücher, die bei der Ausbildung benötigt werden, Aufwendungen für Studiengebüh-



ren und Arbeitsmittel; nicht dazu zählen hingegen Aufwendungen für die auswärtige Unterbringung. Bei der Feststellung der maßgebenden Einkünfte und Bezüge ist grundsätzlich auf das gesamte Kalenderjahr abzustellen. Übersteigt die Summe der Einkünfte und Bezüge des Kindes abzüglich der Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung den Grenzbetrag von 7.680 Euro, entfällt der Kindergeldanspruch für das gesamte Kalenderjahr. Besteht für ein über 18 Jahre altes Kind nur für einen Teil des Kalenderjahres Anspruch auf Kindergeld (z. B. weil das Kind im Laufe des Kalenderjahres seine Berufsausbildung beendet), verringert sich der Grenzbetrag für jeden Monat, in dem kein Kindergeldanspruch mehr besteht, um ein Zwölftel. Gleichzeitig sind die in diesen Monaten erzielten Einkünfte und Bezüge nicht mehr zu berücksichtigen. Erfolgt der Wechsel von Berufsausbildung zur Berufstätigkeit mitten im Monat, besteht für diesen Monat grundsätzlich noch Anspruch auf Kindergeld. Bei der Prüfung der Einkünfte- und Bezügegrenze werden jedoch nur die Einkünfte und Bezüge berücksichtigt, die auf die Tage bis zur Berufstätigkeit entfallen.

Beispiel:

Ein 23-jähriges Kind befindet sich bis 15. August 2008 in Berufsausbildung und ist anschließend als Arbeitnehmer erwerbstätig.

Das Kind kann für den Zeitraum Januar bis August 2008 berücksichtigt werden, wenn seine eigenen Einkünfte und Bezüge in diesem Zeitraum insgesamt (8/12 von 7.680 Euro =) 5.120 Euro nicht überschreiten. Der Arbeitslohn des Kindes ab 16. August 2008 bleibt außer Ansatz.

Ein Verzicht auf Teile der dem Kind zustehenden Einkünfte und Bezüge wird kindergeldrechtlich nicht anerkannt, d. h. diese werden trotzdem in die Berechnung mit einbezogen.

1.10.2.5 Behinderte Kinder

Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, können ohne altersmäßige Begrenzung berücksichtigt werden. Voraussetzung ist, dass die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist.

Für Kinder, die vor dem 1. Januar

2007 in der Zeit ab ihrem 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, gilt eine Übergangsregelung. Sie werden bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen auch im Veranlagungszeitraum 2007 und darüber hinaus berücksichtigt. Dadurch bleiben bisher schon erfasste Kinder weiterhin berücksichtigungsfähig.

In Betracht kommen insbesondere Kinder, deren Schwerbehinderung festgestellt ist oder die einem schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind.

Es kommt dabei nicht nur auf die Unfähigkeit des Kindes an, durch eigene Erwerbstätigkeit seinen gesamten notwendigen Lebensbedarf zu bestreiten, sondern auch darauf, ob dem Kind hierfür andere Einkünfte und Bezüge zur Verfügung stehen.

Übersteigen die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes nicht den Grenzbetrag von 7.680 Euro im Kalenderjahr, wird davon ausgegangen, dass sich das behinderte Kind nicht selbst unterhalten kann. Bei Beurteilung der Frage, ob das Kind seinen Lebensunterhalt bestreiten kann

oder nicht, ist zusätzlich ein behinderungsbedingter Mehrbedarf zu berücksichtigen, der ohne weiteren Nachweis pauschal in Höhe des maßgeblichen Behinderten-Pauschbetrages angesetzt werden kann.

Rechtsquelle: § 32 Abs. 1 - 5 EStG
R 32 EStR

1.10.3. Kindergeld

1.10.3.1 Anspruchsberechtigte

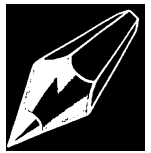
Deutsche Staatsangehörige erhalten Kindergeld, wenn sie

- in Deutschland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben

oder

- im Ausland wohnen, aber in Deutschland entweder unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind oder entsprechend behandelt werden.

In Deutschland wohnende Ausländer können Kindergeld erhalten, wenn sie eine gültige Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis zu bestimmten Zwecken besitzen (vor dem 01.01.2005 erteilte Aufenthaltsberechtigungen sowie unbefristete Aufenthaltserlaubnisse gelten weiter als Niederlassungserlaubnis). Die-





ses Erfordernis gilt jedoch nicht für Staatsangehörige der Schweiz und der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (neben den EU-Staaten handelt es sich dabei um Island, Liechtenstein und Norwegen). Das Gleiche gilt für Staatsangehörige Serbiens und Montenegros, Bosnien- Herzegowinas, Mazedoniens, Marokkos, Algeriens, Tunesiens und der Türkei auf Grundlage der jeweiligen zwischenstaatlichen Abkommen, wenn sie in Deutschland als Arbeitnehmer arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt sind oder beispielsweise Arbeitslosengeld bzw. Krankengeld beziehen.

Saisonarbeitnehmer, Werkvertragsarbeitnehmer und Arbeitnehmer, die von ihrem im Ausland ansässigen Arbeitgeber zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt worden sind, haben jedoch keinen Anspruch auf Kindergeld.

1.10.3.2 Berücksichtigungsfähige Kinder

Anspruch auf Kindergeld besteht regelmäßig für Kinder, bei denen die unter 1.10.2. näher beschriebenen Voraussetzungen erfüllt

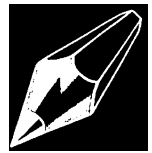
sind. Darüber hinaus wird Kindergeld auch für die vom Berechtigten in seinen Haushalt aufgenommenen Kinder seines Ehegatten (Stiefkinder) und für die vom Berechtigten in seinen Haushalt aufgenommenen Enkel gewährt.

1.10.3.3 Kinder im Ausland

Kindergeld wird grundsätzlich nur für solche Kinder gezahlt, die einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat haben, der dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten ist. Aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen wird auch für Kinder, die in der Schweiz, in der Türkei, im ehemaligen Jugoslawien, in Marokko, in Algerien oder in Tunesien leben, Kindergeld in der im Abkommen jeweils festgelegten Höhe bezahlt.

1.10.3.4 Mehrere Berechtigte

Für ein und dasselbe Kind kann immer nur eine Person Kindergeld erhalten. Es wird grundsätzlich dem Kindergeldberechtigten gezahlt, der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat. Lebt



das Kind nicht im Haushalt eines Kindergeldberechtigten, erhält das Kindergeld derjenige, der dem Kind (laufend) den höheren Barunterhalt zahlt.

Ist ein Kind in den gemeinsamen Haushalt von Eltern, von einem Elternteil und dessen Ehegatten, von Pflegeeltern oder von Großeltern aufgenommen worden, so bestimmen diese untereinander, wer von ihnen das Kindergeld erhalten soll. Für die Berechtigtenbestimmung kann die hierfür vorgesehene Erklärung auf der Rückseite des Vordrucks „Antrag auf Kindergeld“ verwendet werden, die von dem anderen im gemeinsamen Haushalt lebenden Kindergeldberechtigten zu unterschreiben ist. Diese Erklärung kann nur schriftlich und nur mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Wird keine Berechtigtenbestimmung getroffen, bestimmt das Amtsgericht als Vormundschaftsgericht auf Antrag den vorrangigen Kindergeldberechtigten. Den Antrag kann stellen, wer ein berechtigtes Interesse an der Zahlung des Kindergeldes hat.

Lebt ein Kind im gemeinsamen Haushalt eines Elternteils und der

Großeltern, steht das Kindergeld vorrangig dem Elternteil zu. Dieser kann jedoch auf seinen Vorrang zu Gunsten eines Großelternteils verzichten. Den Verzicht muss er der Familienkasse schriftlich mitteilen.

1.10.3.5 Höhe

Das Kindergeld beträgt bis einschließlich 2008 für das erste bis dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro monatlich. Ab 2009 werden für das erste und zweite Kind i.H.v. 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind 195 Euro Kindergeld monatlich gezahlt. Darüber hinaus wird im Jahr 2009 ein Einmalbetrag i.H.v. 100 Euro je berücksichtigungsfähiges Kind gezahlt.

Welches Kind bei einer Person als erstes, zweites bzw. weiteres Kind zu berücksichtigen ist, richtet sich nach der Reihenfolge der Geburten. In der Reihenfolge der Kinder zählen als „Zählkinder“ auch diejenigen Kinder mit, für die der Berechtigte kein Kindergeld erhalten kann, weil es einem anderen Elternteil vorrangig zusteht (vgl. 1.10.3.4).



1.10.3.6 Verhältnis zu anderen Leistungen

Kindergeld wird nicht für ein Kind gezahlt, für das Anspruch besteht auf

- Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung,
- Kinderzuschuss aus einer gesetzlichen Rentenversicherung,
- Leistungen für Kinder, die im Ausland gezahlt werden und dem Kindergeld, der Kinderzulage oder dem Kinderzuschuss vergleichbar sind,
- Leistungen für Kinder von einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung, wenn sie dem Kindergeld vergleichbar sind.

Ist der Kinderzuschuss bzw. die Kinderzulage niedriger als das Kindergeld, wird der Unterschiedsbetrag als Teilkindergeld geleistet, wenn der dem Berechtigten zustehende Gesamtunterschiedsbetrag monatlich mindestens fünf Euro beträgt. Ausländische kindbezogene Leistungen schließen den Kindergeldanspruch auch dann aus, wenn sie niedriger als das deutsche Kindergeld sind. Dies gilt allerdings nicht für Familienleistungen, die von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union

oder des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz gewährt werden. Hier besteht gegebenenfalls ein Anspruch auf den Unterschiedsbetrag zum deutschen Kindergeld.

1.10.3.7 Antragstellung

Das Kindergeld muss - außer bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst - bei der Familienkasse der Agentur für Arbeit, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, schriftlich beantragt werden. Haben sich gegenüber der Antragstellung die Verhältnisse geändert (z.B. die Höhe der Einkünfte bei volljährigen Kindern in Berufsausbildung oder Einberufung des Kindes zum Wehrdienst), muss dies der Familienkasse unverzüglich mitgeteilt werden.

Rechtsquelle: §§ 62 - 78 EStG

1.10.4 Freibeträge für Kinder

Zu den Freibeträgen für Kinder gehören

- der Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum des Kindes und
- der Freibetrag für Betreuungs-

und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird im laufenden Jahr nur Kindergeld gezahlt. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer prüft das Finanzamt von Amts wegen, ob anstelle des Kindergeldanspruchs für das einzelne Kind die Freibeträge für Kinder abzuziehen sind. Ist die Steuerersparnis durch Abzug der Freibeträge höher als der Anspruch auf Kindergeld, werden diese Freibeträge vom Einkommen abgezogen. Gleichzeitig wird dann die ermittelte Einkommensteuer um den Anspruch auf Kindergeld erhöht. Es besteht also entweder Anspruch auf Kindergeld oder auf die Freibeträge für Kinder, je nachdem, was günstiger ist.

Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer bemessen sich dagegen stets nach der Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der Freibeträge für Kinder ergibt (vgl. 1.14 und 1.15).

1.10.4.1 Höhe

Für **Ledige** und dauernd getrennt lebende Ehegatten ergeben sich folgende Abzugsmöglichkeiten:

- Kinderfreibetrag von jährlich 1.824 Euro (ab VZ 2009: 1.932 Euro)
- Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von jährlich 1.080 Euro.

Verheiratete, zusammenlebende Steuerbürger haben für ein gemeinsames Kind Anspruch auf:

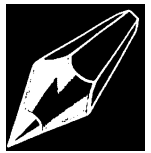
- Kinderfreibetrag von jährlich 3.648 Euro (ab VZ 2009: 3.864 Euro)
- Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von jährlich 2.160 Euro.

Die für Ehegatten geltenden höheren Freibeträge stehen Steuerbürgern auch dann zu, wenn:

- der andere Elternteil verstorben ist oder im Ausland lebt
- der Steuerbürger allein das Kind adoptiert hat oder das Kind nur zu ihm in einem Pflegekindschaftsverhältnis steht.

Lebt das Kind im Ausland, werden die oben aufgeführten Freibeträge unter Umständen nur zu 3/4, 1/2 oder 1/4 angesetzt.

Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen für einen Freibetrag nicht vorliegen,





ermäßigen sich die oben genannten Beträge um ein Zwölftel.

1.10.4.2 Übertragungsmöglichkeiten

Für nicht verheiratete Elternpaare bzw. für verheiratete Elternpaare, die dauernd getrennt leben, bestehen hinsichtlich der Freibeträge folgende Übertragungsmöglichkeiten:

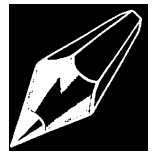
- Auf Antrag eines Elternteils (auf der Anlage Kind) kann der dem anderen Elternteil zustehende Kinderfreibetrag zusammen mit dem Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf auf ihn übertragen werden, wenn er, nicht jedoch der andere Elternteil seiner Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind zu mindestens 75 v. H. nachkommt. Dabei erfüllt der Elternteil, in dessen Obhut das Kind sich befindet, seine Unterhaltsverpflichtung in der Regel durch die Pflege und Erziehung des Kindes.
- Ist ein minderjähriges Kind nur bei einem Elternteil gemeldet, kann dieser beim Finanzamt beantragen (Anlage Kind), dass der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs-

oder Ausbildungsbedarf des anderen Elternteils auf ihn übertragen wird. Im Jahr der Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes ist nur eine zeitanteilige Übertragung möglich.

- Die den Eltern zustehenden Freibeträge können auf Antrag auch auf einen Stiefelternteil oder Großelternteil übertragen werden, wenn dieser das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat. Hierzu ist zusätzlich zur Anlage Kind die Anlage K auszufüllen.

*Rechtsquelle: §§ 31, 32 Abs. 6 EStG
R 31, 32 EStR*

1.11 Grundfreibetrag, Splittingtabelle, Progressionsvorbehalt und Tarif- und Steuerermäßigungen



1.11.1 Grundfreibetrag, Splittingtabelle

Zur Sicherung des Existenzminimums muss ein bestimmter Grundfreibetrag steuerfrei bleiben. Dieser beträgt im Jahr 2009 7.834 Euro, bei Anwendung des Splittingverfahrens 15.668 Euro. Ab dem Jahr 2010 erhöhen sich die Beträge auf 8.004 Euro bzw. 16.008 Euro.

Das Splittingverfahren wird angewendet:

- bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten,
- bei Verwitweten für das Kalenderjahr, das dem Todesjahr des Ehegatten folgt, wenn im Zeitpunkt des Todes die Voraussetzungen für das Veranlagungswahlrecht (vgl. 1.3.2) erfüllt waren;
- bei einem Steuerbürger, dessen Ehe im Kalenderjahr aufgelöst worden ist (Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung der Ehe), wenn er mit seinem bisherigen Ehegatten die Voraussetzungen für das Veranlagungswahlrecht (vgl. 1.3.2) erfüllt hat. Dies gilt nicht, wenn der Steuerbürger wieder geheiratet hat und ge-

trennt zur Einkommensteuer veranlagt wird.

In allen anderen Fällen ist der Einkommensteuer-Grundtarif maßgebend.

1.11.2 Progressionsvorbehalt

Hat ein Steuerbürger bestimmte steuerfreie Sozialleistungen bezogen, so ist auf das zu versteuernde Einkommen ein besonderer Steuersatz anzuwenden (sog. Progressionsvorbehalt). Dasselbe gilt für bestimmte ausländische Einkünfte, die aus Staaten außerhalb der EU stammen und zum Beispiel aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen nicht der inländischen Besteuerung unterliegen.

Der Progressionsvorbehalt führt nicht zu einer Steuerpflicht der an sich steuerfreien Einnahmen. Er dient vielmehr nur der Ermittlung des auf die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte anzuwendenden Steuersatzes. Der Progressionsvorbehalt ist also nur dann von Bedeutung, wenn zusätzlich steuerpflichtige Einkünfte bezogen werden. Er dient zum einen der steuerlichen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die ja auch durch steu-



erfreie Einnahmen erhöht wird, andererseits soll gerade durch Einbeziehung der „Lohnersatzleistungen“ der Vorteil ausgeglichen werden, der aus der Inanspruchnahme von Jahresfreibeträgen auch auf den Arbeitslohn, der nur während eines Teils des Kalenderjahrs bezogen wurde, gegenüber ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmern entsteht.

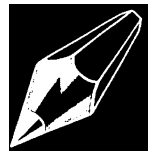
Zur Ermittlung des „besonderen Steuersatzes“ werden zu den steuerpflichtigen Einkünften die einzubeziehenden steuerfreien Sozialleistungen - gegebenenfalls gemindert um den noch nicht ausgeschöpften Arbeitnehmer-Pauschbetrag - und die steuerfreien ausländischen Einkünfte hinzugerechnet; eventuelle negative Beträge werden abgezogen. Für das so ermittelte „fiktive zu versteuernde Einkommen“ wird zunächst die darauf entfallende „fiktive Einkommensteuer“ berechnet. Aus dem Verhältnis dieser beiden Beträge ergibt sich der „besondere Steuersatz“, welcher dann auf das tatsächliche zu versteuernde Einkommen angewendet wird.

Von den steuerfreien Sozialleistungen unterliegen insbesondere

die folgenden dem Progressionsvorbehalt:

- Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Insolvenzgeld, Übergangsgeld, Unterhaltsgeld (Zuschuss) und bestimmte andere Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch oder dem Arbeitsförderungsgesetz;
- Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosenbeihilfe nach dem Soldatenversorgungsgesetz;
- Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Übergangsgeld und vergleichbare Lohnersatzleistungen nach den Sozialversicherungsgesetzen;
- bestimmte Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz (zum Beispiel Mutterschaftsgeld) und dem Bundesversorgungsgesetz;
- steuerfreie Aufstockungsbeträge oder Zuschläge bei Altersteilzeit (vgl. 1.4.15).

Das seit dem Jahr 2007 gezahlte Elterngeld ist als Lohnersatzleistung ausgestaltet und wird daher ebenfalls in den Progressionsvorbehalt einbezogen. Dem Progressionsvorbehalt unterliegt hingegen nicht das Erziehungsgeld. Die Träger dieser Sozialleistungen (zum Beispiel Arbeitsämter, Kran-



kenkassen, Berufsgenossenschaften) übermitteln die Dauer des Leistungszeitraums sowie die Art und Höhe der während eines Kalenderjahrs gezahlten Leistungen den Finanzbehörden elektronisch und bescheinigen dies dem Leistungsempfänger; sie weisen in diesem Zusammenhang auf die steuerliche Behandlung dieser Leistungen und auf die Steuerklärungspflicht der Empfänger hin.

Rechtsquelle: § 32b EStG, R 32b EStR

1.11.3 Tarif- und Steuerermäßigungen

1.11.3.1 Außerordentliche Einkünfte

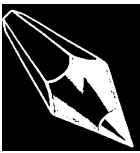
Nach dem Einkommensteuergesetz werden so genannte „außerordentliche Einkünfte“ ermäßigt besteuert. Zu den außerordentlichen Einkünften können insbesondere Entschädigungen gehören, die als Ersatz für entgehende oder entgangene Einnahmen gewährt werden (zum Beispiel Abfindungen wegen Auflösung eines Dienstverhältnisses, wenn der Arbeitgeber die Beendigung veranlasst hat). Solche außerordentlichen Einkünfte werden nach der sog. „Fünftelmethode“ besteuert. Begünstigt sind in der Regel nur

solche Entschädigungen, bei denen durch einen Einmalbetrag Einnahmen mehrerer Jahre abgegolten werden. Eine Tarifiermäßigung kommt ferner für Einkünfte in Betracht, die die Vergütung für eine mehrjährige Tätigkeit (zum Beispiel Jubiläumsszuwendungen) darstellen.

Für Gewinne aus der Veräußerung von Betrieben und Teilbetrieben kann auf Antrag die Besteuerung nach einem ermäßigten Steuersatz erfolgen; Voraussetzung ist, dass der Steuerbürger das 55. Lebensjahr vollendet hat oder im sozialversicherungsrechtlichen Sinn dauernd berufsunfähig ist. Der ermäßigte Steuersatz kann nur einmal angewendet werden.

1.11.3.2 Gewerbesteueranrechnung

Erzielt der Steuerbürger Einkünfte aus Gewerbebetrieb und zahlt er Gewerbesteuer, wird diese Steuerbelastung bei der Einkommensteuer durch eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer berücksichtigt. Eine Anrechnung auf die Einkommensteuer, die auf die gewerblichen Einkünfte entfällt, erfolgt seit dem Jahr 2008 in Höhe des 3,8fachen des Gewerbesteuer-Messbetrages.

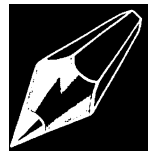


1.11.3.3 Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen sowie Handwerkerleistungen in Privathaushalten

Zur Förderung der Privathaushalte als Arbeitgeber und Auftraggeber von Dienstleistungen und zur Eindämmung von

Schwarzarbeit wird für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen sowie von Handwerkerleistungen eine Steuerermäßigung gewährt. Mit Wirkung ab dem Jahr 2009 wurden die Fördersätze angeglichen und die Förderbeträge größtenteils erhöht. Eine Steuerermäßigung wird für folgende Aufwendungen gewährt:

Nr.	Aufwendungen für	Wie hoch	
		bis 2008	ab 2009
1	ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis in Privathaushalten nach § 8a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch	10 % der Aufwendungen, max. 510 € pro Jahr	20 % der Aufwendungen, max. 510 € pro Jahr
2	ein haushaltswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis, für das Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung entrichtet werden und das kein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis ist	12 % der Aufwendungen, max. 2.400 € pro Jahr	20 % der Aufwendungen, max. 4.000 € pro Jahr
3	die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen einer Dienstleistungsagentur; es darf sich nicht um ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis handeln	20 % der Aufwendungen (Arbeitskosten); max. 600 € pro Jahr (Erhöhung auf 1.200 € bei Betreuung von Pflegebedürftigen)	20 % der Aufwendungen (Arbeitskosten); max. 4.000 € pro Jahr (gilt auch bei Heimunterbringung, wenn Kosten für eine Haushaltshilfe vergleichbare Dienstleistungen enthalten sind)
4	die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen (ab 2006)	20 % der Aufwendungen (Arbeitskosten); max. 600 € pro Jahr	20 % der Aufwendungen, max. 1.200 € pro Jahr
Die Aufwendungen können nur berücksichtigt werden, soweit sie nicht bereits als Werbungskosten, Betriebsausgaben oder außergewöhnliche Belastungen abgezogen worden sind.			



Während der Steuerbürger bei den Nummern 1 und 2 selbst als Arbeitgeber auftreten muss, ist dies bei Nummer 3 und 4 nicht erforderlich. Daher können auch Mieter und Wohnungseigentümer die Steuerermäßigung für entsprechend begünstigte Aufwendungen erhalten, die auf Aufträge der Vermieter (Nebenkostenabrechnung) oder der Wohnungseigentümergeinschaft (Jahresabrechnung) bzw. deren Verwalter beruhen. Die Steuerermäßigungen nach den Nummern 1 und 2 können, sofern jeweils ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis vorliegt, nebeneinander in Anspruch genommen werden. Daneben ist es möglich, für weitere Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen oder die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen (Nummern 3 und 4), die nicht im Rahmen der bereits genannten, förderfähigen Beschäftigungsverhältnisse erbracht werden, jeweils eine weitere Steuerermäßigung zu erhalten.

Bestehen die Beschäftigungsverhältnisse nach den Nummern 1 und 2 nicht das gesamte Kalenderjahr, werden bis zum Jahr 2008 die Höchstbeträge für jeden Kalendermonat, in dem sie nicht bestanden haben, gekürzt; ab

2009 entfällt diese Kürzung. Für die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen einer Dienstleistungsagentur und für Handwerkerleistungen muss dem Steuerbürger eine Rechnung und ein Beleg über die Zahlung des Entgeltes auf das Konto des Erbringers der Dienstleistung vorliegen, mit denen auf Anforderung die Aufwendungen und die unbare Zahlung gegenüber dem Finanzamt nachgewiesen werden können.

Als haushaltsnahe Tätigkeiten sind Tätigkeiten begünstigt, die gewöhnlich durch Mitglieder des Privathaushalts erledigt werden. Zu diesen Tätigkeiten zählen bspw. Zubereitung von Mahlzeiten, Reinigung der Wohnung sowie die Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, wobei die Erteilung von Unterricht nicht hierunter fällt. Voraussetzung ist, dass die Tätigkeiten im Haushalt des Steuerbürgers ausgeübt werden. Das bedeutet, dass die Betreuung von Kindern durch eine Tagesmutter im Haushalt des Bürgers erfolgen muss. Für die Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten ist Folgendes zu beachten:



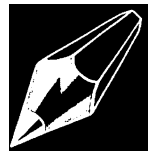
Der Abzug von Kinderbetreuungskosten erfolgt grundsätzlich wie Werbungskosten, Betriebsausgaben oder als Sonderausgaben (siehe 1.5.1.1, 1.6.7). Aufwendungen für die Betreuung von Kindern können danach nicht mehr für die Steuerermäßigung genutzt werden, wenn sie bereits dementsprechend berücksichtigt werden können. Auch der als Eigenanteil vom steuerlichen Abzug ausgeschlossene Betrag (1/3 der Kosten) und die den Höchstbetrag von 4.000 Euro übersteigenden Aufwendungen führen nicht zu einer Steuerermäßigung.

Die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen ist in einem Merkblatt des Thüringer Finanzministeriums ausführlicher dargestellt, welches Sie im Internet unter <http://www.thueringen.de/de/tfm/steuern/ratgeber/handwerker/> finden.

Rechtsquelle: §§ 34, 35, 35a EStG
R 34 EStR



1.12 Außergewöhnliche Belastungen



1.12.1 Was sind außergewöhnliche Belastungen

Außergewöhnliche Belastungen sind Kosten der privaten Lebensführung, die aufgrund besonderer Umstände anfallen und nur auf Antrag in einem bestimmten Umfang steuerlich berücksichtigt werden. Sie müssen zwangsläufig entstehen und außergewöhnlich sein.

Aufwendungen erwachsen einem Steuerbürger dann zwangsläufig, wenn er sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Deshalb können in der Regel nur Aufwendungen des Steuerbürgers für sich selbst oder für Angehörige anerkannt werden. Zudem müssen die Kosten den Umständen nach notwendig sein und dürfen einen angemessenen Betrag nicht übersteigen.

Außergewöhnlich sind Aufwendungen, wenn sie höher sind als bei der überwiegenden Mehrzahl der Steuerbürger gleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse und gleichen Familienstandes.

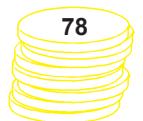
Die außergewöhnlichen Belastungen sind im Einkommensteu-

ergesetz in den §§ 33 bis 33c geregelt. Dort wird unterschieden zwischen außergewöhnlichen Belastungen allgemeiner Art und außergewöhnlichen Belastungen in besonderen Fällen. In der Einkommensteuererklärung sind die Aufwendungen im Mantelbogen, Seite 4 bzw. - soweit sie Kinder betreffen - auf der Anlage Kind zu erklären.

Abzugszeitpunkt ist das Kalenderjahr, in dem die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind. Ersatzleistungen Dritter mindern die abziehbaren Aufwendungen. Dies gilt auch dann, wenn diese erst in einem späteren Kalenderjahr gezahlt werden, der Steuerbürger aber bereits in dem Kalenderjahr, in dem die Belastung eingetreten ist, mit der Zahlung rechnen konnte. In diesem Fall können nur die geleisteten Aufwendungen, gekürzt um die erwartete Ersatzleistung, abgezogen werden.

1.12.2 Außergewöhnliche Belastungen allgemeiner Art

Zu den außergewöhnlichen Belastungen allgemeiner Art zählen Ausgaben, die z. B. durch Krankheit, Todesfall, Unwetterschäden,





Ehescheidung oder wegen Behinderung entstanden sind. Ein Ausgabenersatz von dritter Seite (z. B. Versicherungsleistungen, Beihilfen, Unterstützungen, Entschädigungen) vermindert die berücksichtigungsfähigen Aufwendungen, da der Steuerbürger insoweit nicht endgültig belastet ist. Die Aufwendungen sind grundsätzlich im Einzelnen nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen. Behinderte Menschen und Personen, denen laufende Hinterbliebenenbezüge bewilligt worden sind sowie Steuerbürger, die eine ständig hilflose Person pflegen, können aber auch einen Pauschbetrag geltend machen (Behinderten-, Hinterbliebenen- und Pflege-Pauschbetrag). Diese Pauschbeträge werden nicht um die sog. zumutbare Belastung gekürzt (siehe dazu 1.12.3).

Nachfolgend werden einzelne außergewöhnliche Belastungen näher erläutert:

1.12.2.1 Krankheit

Krankheitskosten sind Aufwendungen, die zum Zweck der Heilung einer Krankheit oder mit dem Ziel getätigt werden, die Krankheit erträglicher zu machen bzw. die Krankheitsfolgen zu lindern.

Zu den Krankheitskosten gehören beispielsweise Arztkosten, die Praxisgebühr, Behandlungskosten eines zugelassenen Heilpraktikers, Krankenhauskosten, Ausgaben für Hilfsmittel (z. B. Hör- und Sehhilfen, orthopädische Einlagen) sowie Aufwendungen für Arznei- und Heilmittel bzw. Zahnersatz.

Nicht abziehbar sind z. B. Kosten für medizinische Fachliteratur, für Diätverpflegung oder Trinkgelder. Rein altersbedingte Mehraufwendungen sind grundsätzlich ebenfalls nicht - insbesondere nicht als Krankheitskosten - abziehbar, da diese Aufwendungen nicht außergewöhnlich sind.

Die medizinische Notwendigkeit der Aufwendungen für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel ist dem Finanzamt durch Verordnung eines Arztes oder Heilpraktikers nachzuweisen. Bei einer andauernden Erkrankung mit anhaltendem Verbrauch bestimmter Arznei-, Heil- und Hilfsmittel genügt die einmalige Vorlage einer Verordnung. Wurde die Notwendigkeit einer Sehhilfe in der Vergangenheit durch einen Augenarzt festgestellt, ist es für die steuerliche Anerkennung der Aufwendungen ausreichend, wenn

Folgerefraktionsbestimmungen durch einen Augenoptiker vorgenommen werden.

Für bestimmte Ausgaben ist als Nachweis der Zwangsläufigkeit und Notwendigkeit der Aufwendungen ein vor dem Kauf oder der Behandlung ausgestelltes amtsärztliches Attest vorzulegen, z. B. für

- Kuren
- psychotherapeutische Behandlungen
- den Krankheitswert einer Le gasthenie oder einer anderen Behinderung eines Kindes, der die auswärtige Unterbringung für eine medizinische Behandlung erfordert
- die Notwendigkeit der Betreuung alter oder hilfloser Menschen durch eine Begleitperson
- medizinische Hilfsmittel, die als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen sind (z. B. Treppenschräglift)
- wissenschaftlich nicht anerkannte Behandlungsmethoden, wie Frisch- und Trockenzellenbehandlungen, Sauerstoff-, Chelat- und Eigenbluttherapie.

Dem amtsärztlichen Attest gleichgestellt sind eine ärztliche Be-

scheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, bei Pflichtversicherten die Bescheinigung der Versicherungsanstalt und bei öffentlichen Bediensteten die Bescheinigung über die Anerkennung der Beihilfefähigkeit durch die Beihilfestellen.

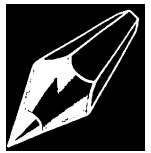
Aufwendungen für Besuchsfahrten zu einem über längere Zeit in einem Krankenhaus liegenden Ehegatten oder Kind sind abzugsfähig, wenn der behandelnde Krankenhausarzt durch Attest bescheinigt, dass gerade der Besuch des Steuerbürgers zur Linderung oder Heilung einer bestimmten Krankheit entscheidend beitragen kann.

1.12.2.2 Behinderung

Tatsächliche Aufwendungen

Aufwendungen, die einem behinderten Menschen wegen seiner Behinderung entstehen, können als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden, z. B.:

- Ausgaben für erhöhten Wasserverbrauch
- Kosten für behinderungsbedingte Heilbehandlungen und Medikamente
- Zuzahlungen





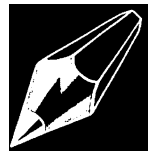
- Ausgaben für Hilfsmittel - wie Rollstühle oder Prothesen - und
- Aufwendungen für die Beschäftigung einer ambulanten Pflegekraft.

Mehraufwendungen für die behindertengerechte Gestaltung eines für den eigenen Wohnbedarf eingerichteten Hauses oder einer Wohnung können nur in Ausnahmefällen zur Berücksichtigung außergewöhnlicher Belastungen führen. Denn von einer Belastung im steuerlichen Sinne kann nicht gesprochen werden, wenn für die Aufwendungen ein nicht nur vorübergehender Vorteil oder ein Gegenwert erlangt wird. Letzteres ist der Fall, wenn der angeschaffte Gegenstand eine gewisse Marktgängigkeit besitzt. Die Ausstattung eines Einfamilienhauses mit einem Fahrstuhl und eine behindertengerechte Bauausführung (wie der Einbau breiter Türen, eines großen Bades usw.) führen daher grundsätzlich nicht zu außergewöhnlichen Belastungen.

Fahrtkosten sind grundsätzlich nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbar, weil sie in der Regel nicht zwangsläufig sind. Eine Ausnahme gilt aber z. B. für Kosten eines Krankentransports

oder bei Kraftfahrzeugkosten behinderter Menschen, die durch die Behinderung verursacht worden sind. Für unumgängliche Fahrten sind bei Benutzung eines Pkw grundsätzlich nur die Kosten abziehbar, die bei Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels entstanden wären, es sein denn, die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist aufgrund der ungünstigen Verbindung unzumutbar.

Bei geh- und stehbehinderten Menschen mit einem GdB von 80 oder mindestens 70 mit Merkzeichen „G“ können aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich ohne weitere Einzelnachweise durch die Behinderung verursachte unvermeidbare Kraftfahrzeugkosten mit 0,30 Euro/km für Fahrten bis zu 3.000 km jährlich angesetzt werden. Bei außergewöhnlich gehbehinderten (aG), blinden (Bl) oder hilflosen Menschen (H) kann eine Fahrleistung bis zu 15.000 km berücksichtigt werden, wenn entsprechende tatsächliche Fahrten nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wurden. Werden neben den Aufwendungen für Privatfahrten mit dem eigenen Pkw auch Ausgaben für Fahrten mit anderen Verkehrsmitteln (z.B. Taxi) geltend gemacht, ist die als noch angemessen anzusehende Fahr-



leistung von 3.000 km bzw. 15.000 km (siehe oben) entsprechend zu kürzen. Behinderte Menschen, die die Voraussetzung für die Gewährung eines Pauschbetrages erfüllen (siehe nachfolgende Erläuterungen), haben für jeden Veranlagungszeitraum ein Wahlrecht, ob sie entweder ohne Einzelnachweis den Behinderten-Pauschbetrag oder aber unter Kürzung um die zumutbare Belastung (siehe dazu 1.12.3) die tatsächlich entstandenen höheren Aufwendungen geltend machen. Dafür sind zumindest für einen begrenzten Zeitraum entsprechende Aufzeichnungen zu führen und Belege zu sammeln.

Pauschbetrag für behinderte Menschen

Wegen der Aufwendungen, die einem behinderten Menschen für

die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf entstehen, wird auf Antrag an Stelle der tatsächlichen Aufwendungen ein Behinderten-Pauschbetrag gewährt. Dieser wird nicht um eine zumutbare Belastung (vgl. 1.12.3) gekürzt. Der Pauschbetrag ist ein Jahresbetrag, der auch dann in voller Höhe gewährt wird, wenn die Behinderung nicht während des gesamten Jahres vorgelegen hat. Die Höhe des Behinderten-Pauschbetrages ist gestaffelt und richtet sich nach dem dauernden GdB. Bei Änderungen im Laufe eines Kalenderjahres wird stets der Pauschbetrag nach dem höchsten GdB gewährt:

Bei einem GdB von mindestens 50 wird der Behinderten-Pausch-

Grad der Behinderung	Pauschbetrag Euro	Grad der Behinderung	Pauschbetrag Euro
25 und 30	310	65 und 70	890
35 und 40	430	75 und 80	1.060
45 und 50	570	85 und 90	1.230
50 und 60	720	95 und 100	1.420



betrag ohne weitere Voraussetzungen gewährt. Bei einem geringeren GdB kann der Behinderten-Pauschbetrag nur gewährt werden, wenn dem behinderten Menschen wegen seiner Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten (z. B. Unfallrente) oder andere laufende Bezüge zustehen. Der Behinderten-Pauschbetrag steht auch zu, wenn durch eine Bescheinigung des Versorgungsamtes nachgewiesen wurde, dass die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

Für Blinde (Merkzeichen „Bl“ im Schwerbehindertenausweis) und behinderte Menschen, die nicht nur vorübergehend hilflos (Merkzeichen „H“ im Schwerbehindertenausweis oder Einstufung in die Pflegestufe III) sind, wird unabhängig vom GdB ein erhöhter Behinderten-Pauschbetrag von 3.700 Euro/Jahr gewährt.

Die Behinderung ist dem Finanzamt durch eine Bescheinigung des Versorgungsamtes (falls ein GdB unter 50 festgestellt worden ist), einen Schwerbehindertenausweis bzw. Bescheid des Versorgungsamtes, einen entspre-

chenden Rentenbescheid oder einen Bescheid über die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III (Merkzeichen „H“) nachzuweisen.

Steht einem Kind ein Behinderten-Pauschbetrag zu, für das der Steuerbürger Anspruch auf Kindergeld oder einen Freibetrag für Kinder hat, wird der Pauschbetrag auf Antrag auf den Steuerbürger übertragen, wenn das Kind diesen (z.B. mangels eigener Einkünfte) nicht in Anspruch nimmt. Bei Eltern, die nicht zusammen veranlagt werden, wird der Pauschbetrag dabei grundsätzlich beiden Elternteile je zur Hälfte gewährt; auf gemeinsamen Antrag der Eltern ist jedoch eine andere Aufteilung möglich.

Mit den Pauschbeträgen für behinderte Menschen werden die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf abgegolten. Neben diesem Pauschbetrag können bspw. Krankheitskosten, Aufwendungen für Heilkuren, Ausgaben für den Privatschulbesuch behinderter Kinder sowie behinderungsbedingte Fahrtkosten

als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden.

Eltern bzw. Großeltern eines (geh-)behinderten Kindes, auf die der Behinderten-Pauschbetrag übertragen wurde, können entstandene Kosten für Fahrten mit dem behinderten Kind im Rahmen der Angemessenheit ebenfalls neben dem Pauschbetrag abziehen.

1.12.2.3 Pflegebedürftigkeit

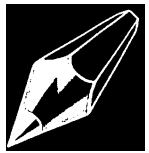
Abziehbare Aufwendungen

Aufwendungen wegen eigener Pflegebedürftigkeit oder für die Pflege eines Angehörigen können als außergewöhnliche Belastung abziehbar sein. Erstattungen von dritter Seite (z.B. Pflegekassen) sind anzurechnen. Die Übernahme der Pflegekosten für Angehörige ist aus rechtlichen Gründen zwangsläufig, wenn der Steuerbürger der gepflegten Person gegenüber gesetzlich unterhaltsverpflichtet ist, d. h. z.B. gegenüber Kindern, Eltern und Großeltern. Anderen Verwandten gegenüber kann eine Zwangsläufigkeit aus tatsächlichen oder sittlichen Gründen vorliegen; allein das Bestehen eines nahen Verwandtschaftsverhältnisses reicht jedoch

nicht aus. Hat die zu pflegende Person eigene Einkünfte oder eigenes Vermögen und ist sie daher in der Lage, die Aufwendungen selbst zu tragen, kann es an der Zwangsläufigkeit fehlen.

Zu den Aufwendungen infolge Pflegebedürftigkeit zählen sowohl Kosten für die Beschäftigung einer ambulanten Pflegekraft bzw. für die Inanspruchnahme von Pflegediensten als auch Aufwendungen zur Unterbringung in einem Heim. Wurde bei der Heimunterbringung wegen Pflegebedürftigkeit der private Haushalt aufgelöst, ist auf die abziehbaren Ausgaben die sog. Haushaltsersparnis in Höhe von 7.680 Euro/Jahr anzurechnen. Aufwendungen für einen pflegebedürftigen Angehörigen in Höhe der Haushaltsersparnis können jedoch als Unterhaltsaufwendungen berücksichtigt werden (siehe dazu 1.12.4.1).

Voraussetzung für die steuerliche Berücksichtigung der Aufwendungen ist, dass der Steuerbürger selbst bzw. die pflegebedürftige Person in eine Pflegestufe (I, II oder III) im Sinne des Elften Sozialgesetzbuches eingestuft wurde oder dass eine erhebliche Einschränkung der Alltagskompetenz nach § 45a SGB XI festge-





stellt wurde. Dies ist durch eine Bescheinigung der sozialen Pflegekasse bzw. eines privaten Versicherungsunternehmens oder – falls das gesundheitliche Merkmal „hilflos“ festgestellt wurde – durch den Schwerbehindertenausweis nachzuweisen. Pflegekosten von Personen, die nicht die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen und ambulant gepflegt werden, können ohne weiteren Nachweis als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn sie von einem anerkannten Pflegedienst nach § 89 SGB XI gesondert in Rechnung gestellt werden.

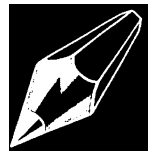
Die tatsächlichen Ausgaben wegen Pflegebedürftigkeit können dann nicht als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, wenn der Behinderten-Pauschbetrag in Anspruch genommen wird. Dies gilt auch dann, wenn es sich um das pflegebedürftige Kind handelt und der Steuerbürger den Pauschbetrag auf sich übertragen lassen hat.

Werden die tatsächlichen Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht, erfolgt von Amts wegen eine Kürzung der Aufwendungen um die zumutbare Belastung (siehe dazu 1.12.3).

Pflege-Pauschbetrag

Ein Steuerbürger kann wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die ihm durch die persönliche Pflege einer anderen nicht nur vorübergehend hilflosen Person (Merkzeichen „H“ im Schwerbehindertenausweis oder Pflegestufe III) in seiner oder in deren Wohnung im Inland entstehen, an Stelle seiner tatsächlichen Aufwendungen einen Pflege-Pauschbetrag in Höhe von 924 Euro erhalten. Weitere Voraussetzung ist, dass er für die Pflege keine Einnahmen erhält.

Einnahmen sind z. B. Pflegegelder aus der gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung, die die hilflose Person an den Steuerbürger weitergibt, um seine Pflegeaufwendungen zu vergüten oder seine entstandenen Aufwendungen zu ersetzen. Wird das Pflegegeld lediglich zur unmittelbaren Sicherung der erforderlichen Grundpflege der hilflosen Person oder deren hauswirtschaftlichen Versorgung verwendet (Anschaffung von pflegenotwendigen oder pflegeerleichternden Bedarfsgegenständen, Bezahlung einer fremden Pflegeperson), liegen keine Einnahmen vor. Pflegegeld, das Eltern für ihr behindertes Kind erhalten, zählt



ebenfalls nicht zu den Einnahmen. Die Pflege wird auch dann noch persönlich vorgenommen, wenn sich der Steuerbürger zeitweise der Mithilfe einer anderen Person (z.B. ambulante Pflegekraft) bedient.

Der Pflege-Pauschbetrag ist ebenfalls ein Jahresbetrag, der nicht um eine zumutbare Belastung gekürzt wird. Er ist entsprechend der Zahl der Pflegepersonen aufzuteilen, wenn ein Pflegebedürftiger während des Kalenderjahres gleichzeitig oder nacheinander von mehreren Steuerbürgern gepflegt wird. Pflegt dagegen ein Steuerbürger mehrere hilflose Personen, so steht ihm der Pauschbetrag auch mehrfach zu. Neben dem Pflege-Pauschbetrag können weitere Aufwendungen, z.B. für eine Heilkur oder Operation oder Fahrtkosten sowie der Behinderten-Pauschbetrag (siehe dazu 1.12.2.2) abgezogen werden. Der Pflege-Pauschbetrag kann auch neben dem auf die Eltern bzw. Großeltern eines behinderten Kindes übertragenen Behinderten-Pauschbetrag gewährt werden.

1.12.2.4 Hinterbliebenen-Pauschbetrag

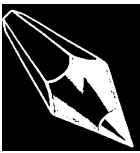
Personen, denen laufende Hin-

terbliebenenbezüge (z.B. nach dem Bundesversorgungsgesetz oder aus der gesetzlichen Unfallversicherung) bewilligt worden sind, erhalten auf Antrag einen Pauschbetrag von 370 Euro (Jahresbetrag). Für die Übertragung des einem Kind zustehenden Pauschbetrags auf die Eltern oder Großeltern gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Übertragung des Behinderten-Pauschbetrags (siehe dazu 1.12.2.3)

1.12.2.5 Weitere außergewöhnliche Belastungen

Folgende, im Einzelnen nachzuweisende Aufwendungen, kommen darüber hinaus als außergewöhnliche Belastungen unter Berücksichtigung einer zumutbaren Belastung (siehe dazu 1.12.3) in Betracht:

- Beerdigungskosten, soweit sie nicht aus dem Nachlass bestritten werden können und auch nicht durch Ersatzleistungen gedeckt sind; nicht abziehbar sind Aufwendungen für die Bewirtung von Trauergästen und für Trauerkleidung
- Gerichts- und Anwaltskosten, die im Rahmen einer Ehescheidung anfallen; nicht jedoch Aufwendungen für die vermö-



gensrechtliche Auseinander-
setzung

- Aufwendungen zur Wiederbeschaffung oder Schadensbeseitigung für existentiell notwendige Gegenstände wie Wohnung, Hausrat und Kleidung, die durch ein unabwendbares Ereignis (Unwetter, Brand) zerstört oder beschädigt wurden; nicht dagegen Ausgaben für Pkw, Garage oder Außenanlagen. Es müssen tatsächlich finanzielle Aufwendungen entstanden sein; ein bloßer Schadenseintritt reicht nicht aus. Außerdem werden die Aufwendungen nur insoweit be-

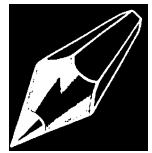
rücksichtigt, als sie den Wert des Gegenstandes vor dem schädigenden Ereignis nicht übersteigen (verlorener Aufwand). Ein Abzug scheidet aus, sofern zumutbare Schutzmaßnahmen unterlassen wurden oder eine allgemein zugängliche und übliche Versicherungsmöglichkeit nicht wahrgenommen wurde.

*Rechtsquelle: §§ 33, 33a, 33b EStG
R 33, 33a, 33b EStR*

1.12.3 Zumutbare Belastung

Bei den außergewöhnlichen Be-

Zumutbare Belastung in Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte			
bei einem Gesamtbetrag der Einkünfte	bis 15.340 €	über 15.340 € bis 51.130 €	über 51.130 €
Ledige, Verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder	5	6	7
Verheiratete und andere Personen, bei denen das Splitting-Verfahren anzuwenden ist, ohne Kinder	4	5	6
Steuerbürger mit 1 Kind oder 2 Kindern	2	3	4
Steuerbürger mit 3 und mehr Kindern	1	1	2



lastungen allgemeiner Art werden die tatsächlichen Aufwendungen nur berücksichtigt, soweit sie die zumutbare Belastung übersteigen. Diese ist nach dem Familienstand, der Kinderzahl und dem Gesamtbetrag der Einkünfte gestaffelt. Die zumutbare Belastung stellt einen Selbstbehalt dar, weil es dem Steuerbürger zugemutet werden kann, entsprechend seiner steuerlichen Leistungsfähigkeit einen gewissen Teil der Belastung selbst zu tragen. Die zumutbare Belastung wird von Amts wegen angesetzt.

Rechtsquelle: §§ 33 EStG, R 33 EStR

1.12.4 Außergewöhnliche Belastungen in besonderen Fällen

1.12.4.1 Unterhaltsaufwendungen

Unterhaltsleistungen an gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen (z.B. Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel, geschiedener Ehegatte, Mutter eines nichtehelichen Kindes gegenüber dem Kindesvater nach (§ 1615I BGB) können als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden. Den gesetzlich Unterhaltsberechtigten

gleichgestellt sind Personen, denen zum Unterhalt bestimmte inländische öffentliche Leistungen (z.B. Arbeitslosengeld II) mit Rücksicht auf die Unterhaltsleistungen des Steuerbürgers ganz oder teilweise nicht gewährt werden (z.B. Partner einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft). Bei Zahlungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten kommt entweder nur ein Abzug als Sonderausgaben (siehe dazu 1.6.3.1) oder als außergewöhnliche Belastungen in Betracht.

Weitere folgende Voraussetzungen müssen vorliegen:

- Es müssen Aufwendungen für den typischen Unterhalt (z.B. Unterkunft, Kleidung, Ernährung sowie Aufwendungen für die Berufsausbildung) geleistet werden.
- Für die unterstützte Person darf niemand Anspruch auf Kindergeld oder einen Freibetrag für Kinder haben (vgl. 1.10).
- Die unterstützte Person darf kein oder nur ein geringes eigenes Vermögen besitzen.

Die Höhe des Abzugsbetrages richtet sich auch nach dem Nettoeinkommen des Unterhaltsleistenden sog. Opfergrenze) und





beträgt maximal 7.680 Euro im Kalenderjahr. Dieser Höchstbetrag vermindert sich, soweit die eigenen Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person den Betrag von jährlich 624 Euro übersteigen sowie um bestimmte öffentliche Zuschüsse.

Die vorgenannten Beträge werden für jeden vollen Monat, in dem die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, um je 1/12 gekürzt.

Unterhält der Steuerbürger mehrere Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen, so ist der Abzugsbetrag grundsätzlich für jede unterhaltene Person getrennt zu ermitteln. Der insgesamt nachgewiesene Zahlungsbetrag ist nach Köpfen aufzuteilen und zwar auch, soweit unterhaltene Personen nicht unterhaltsberechtig sind oder Kinder unterhalten wurden, für die Anspruch auf Kindergeld oder Freibeträge für Kinder besteht.

Tragen mehrere Steuerbürger die Aufwendungen für den Unterhalt bzw. die Berufsausbildung eines Unterhaltsempfängers, so wird der Abzugsbetrag diesen Steuerbürgern nur anteilig - entsprechend dem Anteil am insgesamt gezahlten Unterhalt - gewährt.

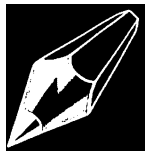
Lebt die unterstützte Person im Ausland, so können die Aufwendungen nur insoweit abgezogen werden, als sie nach den Verhältnissen des ausländischen Wohnsitzstaates notwendig und angemessen sind. Die o. g. Beträge werden daher u.U. nur zu 3/4, 1/2 oder 1/4 angesetzt.

1.12.4.2 Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung (Ausbildungsfreibetrag)

Der Ausbildungsfreibetrag wird für auswärtig untergebrachte, volljährige Kinder gewährt, für die der Steuerbürger Anspruch auf Kindergeld oder auf einen Freibetrag für Kinder (siehe dazu 1.10) hat.

Zur Abgeltung von den Eltern aus der Ausbildung des Kindes entstehenden Aufwendungen wird ein Pauschbetrag von 924 Euro jährlich gewährt. Einzelne Kosten müssen hier demnach nicht nachgewiesen werden.

Der Freibetrag von 924 Euro vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes abzüglich geleisteter



Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (siehe dazu 1.10.2.4), soweit diese 1.848 Euro im Kalenderjahr übersteigen. Der danach verbleibende Betrag wird zudem um bestimmte öffentliche Zuschüsse (z. B. den Zuschussteil nach dem BAföG) gekürzt.

Zusammenveranlagten Eltern steht der Ausbildungsfreibetrag gemeinsam, anderen Elternteilen grundsätzlich zur Hälfte zu. Auf gemeinsamen Antrag der Eltern ist jedoch auch eine andere Aufteilung möglich.

Lebt das Kind im Ausland, werden die oben aufgeführten Beträge unter Umständen nur zu 3/4, 1/2 oder 1/4 angesetzt.

Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen für den Ausbildungsfreibetrag nicht vorliegen, ermäßigen sich die oben genannten Beträge um ein Zwölftel.



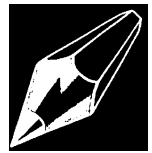
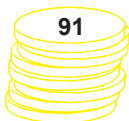
1.13 Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer erhoben. Er beträgt 5,5 % der festgesetzten Steuer. Der Solidaritätszuschlag wird bereits bei der Festsetzung von Einkommensteuer-Vorauszahlungen, bei der Erhebung der Kapitalertragsteuer und des Zinsabschlags sowie beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt.

Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des Solidaritätszuschlags ist die Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Freibeträge für Kinder ergibt. Dies gilt auch für die Fälle, in denen - für Zwecke der Einkommensteuer - der Abzug von Freibeträgen für Kinder unterbleibt, da das Kindergeld für die Eltern günstiger ist.

Der Solidaritätszuschlag wird nur erhoben, wenn die Jahressteuer bei Anwendung des Grundtarifs 972 Euro und bei Anwendung des Splittingtarifs 1.944 Euro übersteigt. Geringverdiener werden hierdurch vom Solidaritätszuschlag freigestellt. In einem Überleitungsbereich wird der Solidaritätszuschlag mit einem niedrigeren Satz festgesetzt.

Rechtsquelle: SolZG



1.14 Kirchensteuer

Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Kirchensteuer ist die Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Freibeträge für Kinder sowie unter Hinzurechnung möglicher Halbeinkünfte ergibt. Dies gilt auch für die Fälle, in denen - für Zwecke der Einkommensteuer - der Abzug von Freibeträgen für Kinder unterbleibt, da das Kindergeld für die Eltern günstiger ist.

Rechtsquelle: § 51a Abs. 2, 2a EStG





2. Sonstige Regelungen

2.1 Wohnungsbauprämie

Unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Personen können nach dem Wohnungsbau-Prämien-gesetz für Aufwendungen zur Förderung des Wohnungsbaus eine Wohnungsbauprämie erhalten. Solche Aufwendungen sind insbesondere Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen, soweit die an dieselbe Bausparkasse geleisteten Beiträge im Sparjahr mindestens 50 Euro betragen, sowie Aufwendungen für den ersten Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Die Aufwendungen sind je Kalenderjahr bis zu einem Höchstbetrag von 512 Euro (Ehegatten 1.024 Euro) prämiengünstigt. Aufwendungen für vermögenswirksame Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz sind nur dann prämiengünstigt, wenn für die vermögenswirksamen Leistungen kein Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage besteht.

Der Höchstbetrag steht dem Prämiensparer und seinem Ehegatten gemeinsam zu (Höchstbetragsgemeinschaft). Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sind selbständig prämiengerechtigt.

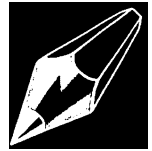
Die Wohnungsbauprämie beträgt 8,8 % der prämiengünstigten Aufwendungen.

Voraussetzung für die Gewährung der Wohnungsbauprämie ist, dass im Sparjahr das zu versteuernde Einkommen unter Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen die Einkommensgrenze von 25.600 Euro (Ehegatten 51.200 Euro) nicht übersteigt.

Der Antrag auf Wohnungsbauprämie ist bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahrs, das dem Sparjahr folgt, an das Unternehmen oder Institut zu richten, an das die prämiengünstigten Aufwendungen geleistet worden sind.

Rechtsquelle: §§ 1 - 10 WoPG

2.2 Erbschaft- und Schenkungsteuer



2.2.1 Schuldner der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist in Deutschland als so genannte Erbanfallsteuer angelegt, d. h. es wird nicht der gesamte Nachlass oder das Geschenk als solches, sondern die Zuwendung, die beim einzelnen Erben oder Beschenkten ankommt, der Steuer unterworfen. Steuerschuldner der Erbschaft- oder Schenkungsteuer ist stets der Zuwendungsempfänger, also der Erbe oder der Beschenkte.

Zum 1. Januar 2009 wurde das Erbschaftsteuer- und das Bewertungsrecht umfassend reformiert. Alle Vermögensgegenstände sind einheitlich nach dem Verkehrswert zu bemessen. Um daraus resultierende Mehrbelastungen zu vermeiden, wurden die persönlichen Freibeträge für das unmittelbare und engere familiäre Umfeld des Erblassers bzw. Schenkers deutlich angehoben. Damit wird sichergestellt, dass in einem Erbfall Vermögen in einem beträchtlichen Umfang gänzlich von der Besteuerung freigestellt wird, das gilt auch unter bestimmten Voraussetzungen für eine selbstgenutzte Wohnimmobilie.

Besonders Ehegatten, Kindern und sonstigen Personen der Steuerklasse I bleiben durch die Neuregelungen von der Erbschaftsteuer verschont.

So wird z.B. das Erbe der hinterbliebenen Ehefrau und/oder der Kinder kaum einer Besteuerung unterliegen, dafür aber das auf einen entfernten Verwandten, z.B. dem Neffen vererbte Vermögen, entsprechend höher besteuert.

Beispiel 1:

A vererbt seiner Ehefrau ein Haus mit einem Verkehrswert von 200.000 Euro und zusätzlich Barvermögen von 100.000 Euro.

Lösung:

Der persönliche Freibetrag für die hinterbliebene Ehefrau beträgt 500.000 Euro. Hinzu kommt ein Versorgungsfreibetrag von 256.000 Euro.

Folge:

Die Ehefrau nutzt das Einfamilienhaus weiterhin selbst, damit ist es von der Besteuerung ausgenommen. Das Erbe ist nicht zu besteuern, da der Wert des Barvermögens unter den Freibeträgen liegt.



Beispiel 2:

A vererbt seinem Neffen ein Haus mit einem Verkehrswert von 200.000 Euro.

Lösung:

Der persönliche Freibetrag für den Neffen beträgt 20.000 Euro. Nach Abzug des Freibetrags sind 180.000 Euro zu versteuern. Die Steuer beträgt 30 % von 180.000 Euro = 54.000 Euro.

Rechtsquelle: § 20 ErbStG

2.2.2 Höhe der Steuer

Die Erbschaftsteuerbelastung ist nach der Verwandtschaftsnähe und nach der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs abgestuft.

Grundsatz:

Je entfernter der Grad der Verwandtschaft, umso höher die Steuer.

2.2.2.1 Steuerklassen

Das Erbschaft -und Schenkungsteuergesetz unterscheidet, nach dem persönlichen Verhältnis des Erwerbers zum Erblasser oder Schenker, in drei Steuerklassen:

Steuerklasse I:

1. Der Ehegatte,
2. die Kinder und Stiefkinder,
3. die Abkömmlinge der in Nummer 2 genannten Kinder und Stiefkinder,
4. die Eltern und Voreltern bei Erwerben von Todes wegen.

Steuerklasse II:

1. Die Eltern und Voreltern, soweit sie nicht zur Steuerklasse I gehören,
2. die Geschwister,
3. die Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern,
4. die Stiefeltern,
5. die Schwiegerkinder,
6. die Schwiegereltern,
7. der geschiedene Ehegatte.

Steuerklasse III:

Alle übrigen Erwerber.

Rechtsquelle: § 15 ErbStG

2.2.2.2 Persönliche Freibeträge

Die persönlichen Freibeträge sind ebenfalls abhängig vom Verwandtschaftsgrad zum Erblasser/ Schenker. Erst wenn das übertragene Vermögen diesen Freibetrag überschreitet, unterliegt der darüber hinausgehende Teil des Vermögens regelmäßig der Be-

steuerung. Zu den persönlichen Freibeträgen können noch besondere Versorgungsfreibeträge (vgl. Tz. 2.2.4) kommen.

Die persönlichen Freibeträge belaufen sich auf:

500.000,-- Euro für den Ehegatten
400.000,-- Euro für Kinder, Stiefkinder und die Kinder verstorbener Kinder und Stiefkinder

200.000,-- Euro für Enkel und Großenkel sowie für Eltern und Großeltern bei Erwerben im Todesfall

20.000,-- Euro für alle Personen der Steuerklasse II

500.000,-- Euro für Lebenspartner

5.200,-- Euro für alle Personen der Steuerklasse III

Rechtsquelle: § 16 ErbStG

2.2.3 Steuerbefreiungen

Personenkreis	Inhalt der Befreiungsvorschrift / Begünstigungstatbestand	Freibetrag (in Euro)
Steuerklasse I	Hausrat inkl. Wäsche und Kleidungsstücke	41.000
Steuerklasse I	andere bewegliche körperliche Gegenstände, z.B. privater PKW, Schmuck	12.000
Steuerklasse II, III	Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände	12.000
für Lebenspartner	gelten die Freibeträge für Hausrat und bewegliche Gegenstände wie für Erwerber der Steuerklasse I	41.200 12.000
Personen, die gepflegt und/oder Unterhalt gewährt haben.	unentgeltliche oder gegen unzureichendes Entgelt gewährte Pflege für den Erblasser	20.000

Rechtsquelle: § 13 ErbStG





2.2.4 Besonderer Versorgungsfreibetrag für den überlebenden Ehegatten und für Kinder

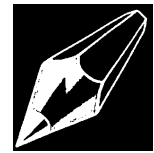
Besondere Versorgungsfreibeträge dienen dem Ausgleich der unterschiedlichen Behandlung der auf Gesetz beruhenden Versorgungsbezüge einerseits und der privaten Versorgungsbezüge andererseits.

Daneben wird auch den Personen ein angemessener Ausgleich gewährt, die anlässlich des Todes des Erblassers keine oder nur geringe Versorgungsbezüge erhalten, deren weitere Versorgung aber durch das erworbene Vermögen gesichert wird. Die besonderen Freibeträge nach § 17 ErbStG kommen nur bei Erwerben von Todes wegen in Betracht, nicht dagegen bei Schenkungen unter Lebenden.

Begünstigte Person	Freibetrag (in Euro)
Ehegatte	256.000
Kind bis zu 5 Jahren	52.000
Kind von mehr als 5 bis zu 10 Jahren	41.000
Kind von mehr als 10 bis zu 15 Jahren	30.700
Kind von mehr als 15 bis zu 20 Jahren	20.500
Kind von mehr als 20 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres	10.300

Rechtsquelle: § 17 ErbStG

2.3 Umsatzsteuer



Der Umsatzsteuer unterliegen grundsätzlich alle Lieferungen und sonstigen Leistungen eines Unternehmers mit dem Regelsteuersatz (derzeit 19%). Die Umsatzsteuer wird entsprechend ihrer Zielsetzung vom Endverbraucher getragen. Sie ist Bestandteil des Preises und vom Unternehmer an das Finanzamt abzuführen.

Das Umsatzsteuergesetz enthält einige Regelungen, die mittelbar Familien zu Gute kommen. Zu nennen sind insbesondere die folgenden Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen (Steuersatz in Höhe von 7%) bestimmter Umsätze:

- Steuerbefreiung für Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, die im Rahmen der Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt, Heilpraktiker, Physiotherapeut, Hebamme oder einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit durchgeführt werden.

Rechtsquelle: § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG

- Steuerbefreiung der unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienenden Leistungen privater Schulen und anderer allgemein bildender oder berufsbildender Einrichtungen

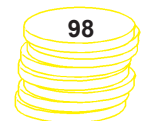
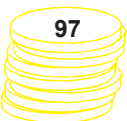
(z. B. Kurse zur Erteilung von Nachhilfeunterricht für Schüler, Schreibmaschinen- oder Computerkurse), wenn diese privaten Schulen und Bildungseinrichtungen bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

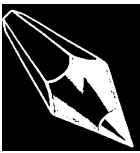
Rechtsquelle: § 4 Nr. 21 Buchst. a UStG

- Steuerbefreiung für die Gewährung von Beherbergung, Beköstigung und der üblichen Naturalleistungen durch Einrichtungen, wenn sie überwiegend Jugendliche für Erziehungs-, Ausbildungs- oder Fortbildungszwecke oder für Zwecke der Säuglingspflege bei sich aufnehmen (z. B. Kindergärten, Schullandheime). Die Leistungen müssen den Jugendlichen oder den bei ihrer Erziehung, Ausbildung, Fortbildung oder Pflege tätigen Personen tatsächlich zugute kommen.

Rechtsquelle: § 4 Nr. 23 UStG

- Steuerbefreiung der Leistungen des Deutschen Jugendherbergswerkes und vergleichbarer Vereinigungen (z.B. die Beherbergung und Beköstigung in Jugendherbergen, die Durchführung von Freizeiten





und Wanderfahrten, die Überlassung von Fahrrädern).

Rechtsquelle: § 4 Nr. 24 UStG

- Steuerbefreiung der Leistungen der Jugendhilfe (z. B. die Durchführung von Lehrgängen, Freizeiten, Zeltlagern, Fahrten, Treffen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen) die von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe oder anderen Einrichtungen mit sozialem Charakter erbracht werden.

Rechtsquelle: § 4 Nr. 25 UStG

- Steuerermäßigung für Lebensmittel, Bücher und Zeitungen.

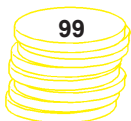
Rechtsquelle: § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG

- Steuerermäßigung für zahn-technische Leistungen.

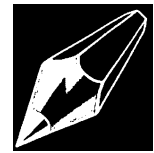
Rechtsquelle: § 12 Abs. 2 Nr. 6 UStG

- Steuerermäßigung für bestimmte kulturelle und sportliche Leistungen.

Rechtsquelle: § 12 Abs. 2 Nr. 7 und 8 UStG



2.4 Grunderwerbsteuer



Der Grunderwerbsteuer unterliegen grundsätzlich alle Rechtsvorgänge über inländische Grundstücke (z. B. Kaufverträge), soweit sie darauf gerichtet sind, das Eigentum am Grundstück oder eine eigentümerähnliche Position zu erlangen. Steuerschuldner sind im Regelfall der Grundstückserwerber und/ oder der Grundstücksveräußerer.

Das Grunderwerbsteuergesetz enthält einige Regelungen, die unmittelbar Familien zu Gute kommen. Zu nennen sind insbesondere die folgenden Ausnahmen von der Besteuerung:

- Der Grundstückserwerb durch den Ehegatten des Veräußerers.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 4 GrEStG

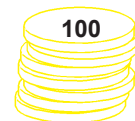
- Der Grundstückserwerb durch den früheren Ehegatten des Veräußerers im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung nach der Scheidung.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 5 GrEStG

- Der Erwerb eines Grundstücks durch Personen, die mit dem Veräußerer in gerader Linie verwandt sind. Dabei stehen

Stiefkinder den Abkömmlingen gleich. Den Verwandten in gerader Linie sowie den Stiefkindern stehen deren Ehegatten gleich.

Rechtsquelle: § 3 Nr. 6 GrEStG



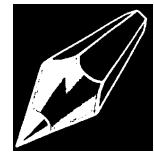


2.5 Bundeskindergeldgesetz

Das Bundeskindergeldgesetz kommt seit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs im Jahr 1996 nur noch in wenigen Sonderfällen (zum Beispiel bei ins Ausland entsandten Entwicklungshelfern oder bei Vollwaisen) zur Anwendung. In allen übrigen Fällen wird Kindergeld als monatliche Steuervergütung nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes gezahlt (siehe dazu 1.10.3).

Rechtsquelle: BKGG

2.6 Altersvorsorgezulage



Beiträge für die private Altersvorsorge mit bestimmten Altersvorsorgeprodukten werden durch eine Zulage und ergänzend durch einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug (siehe dazu 1.6.4.3) gefördert. Mit der Förderung soll ein Anreiz zum Aufbau einer privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge gegeben werden, deren Leistungen die Niveauabsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung im Alter ausgleichen sollen.

lich die Mutter die Kinderzulage, es sei denn es wird beantragt, dass der Vater diese erhalten soll. Für jedes Kind, für das der Anspruchsberechtigte Kindergeld erhält, beträgt die Kinderzulage jährlich

2006 und 2007	138 Euro
ab 2008	185 Euro.

Für ein nach dem 31.12.2007 geborenes Kind erhöht sich die Kinderzulage auf 300 Euro.

2.6.1 Höhe der Zulage

Die Zulage setzt sich zusammen aus einer Grundzulage und einer Kinderzulage. Beginnend ab dem Jahr 2002 werden die Zulagebeträge bis zum Jahr 2008 alle zwei Jahre angehoben.

Die Grundzulage beträgt jährlich

2006 und 2007	114 Euro
ab 2008	154 Euro.

Die Kinderzulage erhält grundsätzlich der Elternteil, dem das Kindergeld ausbezahlt wird. Bei verheirateten Eltern, die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, erhält grundsätz-

2.6.2 Mindesteigenbeitrag

Der Steuerbürger muss, um die Zulage zu erhalten, eigene Beitragsleistungen für die private Altersvorsorge erbringen (Mindesteigenbeitrag). Die notwendige Sparleistung wird - wie die Zulage - alle zwei Jahre angehoben. Sie beträgt anfangs 1 % der (in der Rentenversicherung) beitragspflichtigen Einnahmen (in der Regel der Bruttolohn) bzw. der Besoldung oder Amtsbezüge und steigt in der Endstufe auf 4 %. Die Sparleistung setzt sich aus den eigenen Beiträgen und der Zulage zusammen, d.h. die Zulage wird auf den ermittelten prozentualen Betrag angerechnet und der Steuerbürger braucht nur einen entsprechend geringeren



Betrag selbst aufzubringen. Wird der Mindesteigenbeitrag nicht in der erforderlichen Höhe geleistet, wird die Zulage nur im entsprechend gekürzten Umfang ausbezahlt.

Als Mindesteigenbeitrag sind jährlich aufzubringen

2006 und 2007

3% (max. 1.575 Euro) abzgl. Zulage

ab 2008

4% (max. 2.100 Euro) abzgl. Zulage

In bestimmten Fällen kann der Zulageanspruch den prozentualen Betrag der beitragspflichtigen Einnahmen bzw. Besoldung übersteigen, so dass kein Mindesteigenbeitrag zu erbringen wäre. Deshalb wird für den Mindesteigenbeitrag ein Sockelbetrag festgelegt, der in jedem Fall zu leisten ist, um die volle Zulage zu erhalten. Ab dem Jahr 2005 ist der jährliche Sockelbetrag 60 Euro.

Ist bei Verheirateten ein Ehegatte nicht selbst zulageberechtigt, sondern hat über den anderen Ehegatten einen abgeleiteten Zulageanspruch, wird für den Vertrag des nicht Zulageberechtigten die volle Zulage gezahlt, wenn der originär zulageberechtigte Ehe-

gatte seinen Mindesteigenbeitrag erbracht hat. Das bedeutet, dass in diesen Fällen der Mindesteigenbeitrag für beide Ehegatten nur einmal erbracht werden muss.

Rechtsquelle: §§ 79 ff EStG

NOTIZEN

NOTIZEN

Anmerkung zur Verwendung:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben.

Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Broschüre dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Herausgeber: Thüringer Finanzministerium
Kommunikation
Ludwig-Erhardt-Ring 7
99099 Erfurt
Tel. (03 61) 37-9 66 12
Internet: www.thueringen.de/tfm
E-mail: Kommunikation@tfm.thueringen.de

Herstellung: Zentraldruckerei Thüringen
im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung
Bahnhofstraße 12
99867 Gotha
Tel. (0 36 21) 23 20 - 1 60

Titelfoto: Copyright [Monkey Business Images], 2009
Benutzung unter Lizenz von shutterstock.com

Stand: April 2009
4. Auflage
